

VERTALING

MINISTERIE VAN DE FRANSE GEMEENSCHAP

[C – 2023/41086]

22 FEBRUARI 2023. — Ministerieel besluit tot goedkeuring van het huishoudelijk reglement van de Commissie voor de erkenning van kinesitherapeuten

De Minister van Hoger Onderwijs, Onderwijs voor sociale promotie, Universitaire ziekenhuizen, Wetenschappelijk Onderzoek, Hulpverlening aan de Jeugd, Justitiehuisen, Jeugd, Sport en Promotie van Brussel,

Gelet op de gecoördineerde wet van 10 mei 2015 betreffende de uitoefening van beroepen in de gezondheidszorg, artikel 88 ;

Gelet op het besluit van de Regering van de Franse Gemeenschap van 19 oktober 2016 tot vaststelling van de procedure voor de erkenning als kinesitherapeut en de erkenning van bijzondere beroepsbekwaamheden

Overwegende dat de Erkenningscommissie haar huishoudelijk reglement in haar zitting van 19 januari 2023 vastgesteld heeft,

Besluit :

Artikel 1. Het huishoudelijk reglement van de Commissie voor de erkenning van kinesitherapeuten gevoegd bij dit besluit wordt goedgekeurd.

Art. 2. Dit besluit treedt in werking op de dag waarop het ondertekend wordt.

Brussel, 22 februari 2023.

De Minister van Hoger Onderwijs, Onderwijs voor sociale promotie, Universitaire ziekenhuizen, Wetenschappelijk Onderzoek, Hulpverlening aan de Jeugd, Justitiehuisen, Jeugd, Sport en Promotie van Brussel,

V. GLATIGNY

DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT

COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2023/203819]

15. DEZEMBER 2022 — Programmdekret 2022

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

KAPITEL 1 - PERSONENBEZOGENE ANGELEGENHEITEN

Abschnitt 1 - Gesundheit

Artikel 1 - Artikel 72 des koordinierten Gesetzes vom 10. Juli 2008 über die Krankenhäuser und andere Pflegeeinrichtungen wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 3 wird die Wortfolge "wird die Zulassung für einen begrenzten Zeitraum gewährt, der verlängert werden kann" durch die Wortfolge "erteilt die Regierung die Zulassung" ersetzt.

2. Folgender Absatz 4 wird eingefügt:

"Die Regierung bestimmt die Dauer der Zulassung. Sie kann befristet oder unbefristet sein."

Abschnitt 2 - Familie

Art. 2 - In Artikel 15 § 3 Absatz 2 des Dekrets vom 31. März 2014 über die Kinderbetreuung wird folgende Nummer 2.1 eingefügt:

"2.1 gegebenenfalls in Bezug auf die in der Kinderbetreuung tätigen Personen, die als Dienstleister handeln: die in Absatz 1 Nummer 2 Buchstaben a) bis c) erwähnten Daten;"

Art. 3 - Artikel 28 § 3 Absatz 1 des Dekrets vom 23. April 2018 über die Familienleistungen wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 4 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

2. Folgende Nummer 5 wird eingefügt:

"5. wenn keine volljährige Person denselben Wohnsitz wie das Kind hat."

Art. 4 - Artikel 64 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 8 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

2. Folgende Nummer 9 wird eingefügt:

"9. Daten zur Identität und Kontaktangaben des behandelnden Arztes des Kindes."

Abschnitt 3 - Soziales

Art. 5 - Artikel 27 Absatz 1 des Dekrets vom 13. Dezember 2016 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 2 wird das Wort "je" durch die Wortfolge "jeweils höchstens" ersetzt.

2. Nummer 3 wird wie folgt ersetzt:

"3. höchstens acht Fachpersonen, beispielsweise aus den Bereichen Beschäftigung, Bildung, Bioethik, Gesundheit, Langzeitpflege, Rehabilitation, sozial-berufliche Integration oder Wohnen."

3. Die Nummern 4 bis 10 werden aufgehoben.

Art. 6 - Artikel 3 des Dekrets vom 11. Dezember 2017 über Integration und das Zusammenleben in Vielfalt wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 11 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

2. Folgende Nummer 12 wird eingefügt:

"12. Kinderaufsicht: die im Rahmen des Integrationsparcours durch die Träger der anerkannten Sprach- und Integrationskurse kostenlos angebotene Aufsicht der Kinder der teilnehmenden Migranten im Alter von mindestens vier Monaten und höchstens drei Jahren."

Art. 7 - In dasselbe Dekret, abgeändert durch die Dekrete vom 12. Dezember 2019 und 10. Dezember 2020, wird folgender Artikel 10.1 eingefügt:

"Art. 10.1 - Kinderaufsicht

Die Träger der anerkannten Sprach- und Integrationskurse garantieren im Rahmen des Integrationsparcours eine Kinderaufsicht.

Die Kinderaufsicht ist für Migranten kostenlos. Sie wird parallel zu den anerkannten Sprach- und Integrationskursen angeboten.

Die Regierung legt die weiteren Modalitäten der Kinderaufsicht sowie die Höhe der und die Bedingungen zur Bezuschussung der Kinderaufsicht fest."

KAPITEL 2 - KULTURELLE ANGELEGENHEITEN

Abschnitt 1 - Kultur

Art. 8 - In Artikel 13 Absatz 3 des Dekrets vom 16. Dezember 2003 über die Förderung von kreativen Ateliers, eingefügt durch das Dekret vom 10. Dezember 2020, wird die Angabe "31. Dezember 2022" durch die Angabe "31. Dezember 2023" ersetzt.

Art. 9 - Artikel 37 § 2 des Dekrets vom 18. November 2013 zur Förderung von Kultur in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, abgeändert durch das Dekret vom 2. März 2015, wird wie folgt ersetzt:

" § 2 - Der Antrag wird bei der Regierung eingereicht.

Bei Projekten, die zwischen dem 1. Januar und dem 30. Juni beginnen, wird der Antrag bis zum 31. Oktober des vorangehenden Kalenderjahres eingereicht.

Bei Projekten, die zwischen dem 1. Juli und dem 31. Dezember beginnen, wird der Antrag bis zum 31. März desselben Jahres eingereicht."

Art. 10 - In Artikel 43.2 § 2 Absatz 2 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 20. Februar 2017, wird die Wortfolge "bis zum 31. März" durch die Wortfolge "bis zum 31. März oder bis zum 31. Oktober" ersetzt.

Art. 11 - Artikel 93.1 § 1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 10. Dezember 2020 und abgeändert durch das Dekret vom 26. April 2021, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird zwischen das Wort "ausgesetzt" und den Punkt am Ende des Satzes die Wortfolge "und für das Kalenderjahr 2022 um ein Drittel gesenkt" eingefügt.

2. In Absatz 2 wird folgender Satz eingefügt:

"Für das Kalenderjahr 2022 werden die in Absatz 1 erwähnten quantitativen Kriterien um ein Drittel gesenkt."

Art. 12 - Artikel 93.2 § 1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 10. Dezember 2020 und abgeändert durch das Dekret vom 26. April 2021, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird folgender Satz eingefügt:

"Für das Kalenderjahr 2022 werden die dort aufgeführten Besucherzahlen um ein Drittel gesenkt."

2. In Absatz 2 wird folgender Satz eingefügt:

"Für das Kalenderjahr 2022 werden die in Absatz 1 erwähnten Besucherzahlen um ein Drittel gesenkt."

Art. 13 - Artikel 93.3 § 1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 10. Dezember 2020 und abgeändert durch das Dekret vom 26. April 2021, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird zwischen das Wort "ausgesetzt" und den Punkt am Ende des Satzes die Wortfolge "und für das Kalenderjahr 2022 um ein Drittel gesenkt" eingefügt.

2. In Absatz 2 wird folgender Satz eingefügt:

"Für das Kalenderjahr 2022 werden die in Absatz 1 erwähnten quantitativen Kriterien um ein Drittel gesenkt."

Art. 14 - Artikel 93.9 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 28. März 2022, wird zu Artikel 93.10.

Art. 15 - Im Anhang 1 desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 10. Dezember 2020, wird in der Tabelle "Theaterensembles" die Spalte 3 wie folgt ersetzt:

Zuschuss (Euro)
1.200,00
1.000,00
950,00

Abschnitt 2 - Jugend

Art. 16 - Artikel 27 § 2 des Dekrets vom 6. Dezember 2011 zur Förderung der Jugendarbeit, ersetzt durch das Dekret vom 14. Dezember 2021, wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 1 wird die Wortfolge "sowie die im nächsten Jahr anstehenden Schwerpunkte, Projekte und Aktivitäten" gestrichen.

2. Folgender Absatz 2 wird eingefügt:

"Der Träger der Offenen Jugendarbeit reicht jährlich bis zum 15. November das kommunale Jahresprogramm für das nächste Kalenderjahr, einschließlich der Schwerpunkte, Projekte und Aktivitäten, ein."

Art. 17 - In Artikel 39 § 3 desselben Dekrets wird die Wortfolge "mit 15 Jahren" durch die Wortfolge "in dem Jahr, in dem sie das Alter von 15 Jahren erreichen," ersetzt.

Art. 18 - In Artikel 46 Nummer 3 desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 10. Dezember 2020, wird die Wortfolge "davon mindestens zwei Vertreter der Offenen Jugendarbeit, zwei Vertreter der Jugendorganisationen, ein Vertreter der mobilen Jugendarbeit" durch die Wortfolge "davon mindestens zwei Vertreter der Jugendorganisationen, ein Vertreter der Offenen Jugendarbeit, ein Vertreter des Jugendbüros" ersetzt.

Abschnitt 3 - Erwachsenenbildung

Art. 19 - Artikel 10 des Dekrets vom 17. November 2008 zur Förderung der Einrichtungen der Erwachsenenbildung, abgeändert durch die Dekrete vom 25. Februar 2013 und vom 11. Dezember 2018, wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 1 wird wie folgt ersetzt:

"Erfüllt eine Einrichtung der Erwachsenenbildung die Bestimmungen dieses Dekrets, erhält sie eine jährliche Pauschalförderung gleichzeitig als Zuschuss für einen stabilen Personalkern, als pauschaler Betriebszuschuss und als Zuschuss für die tatsächlich gemäß Artikel 1 Nummer 2 und Artikel 7 Absatz 1 Nummer 3 oder Absatz 2 durchgeführten Weiterbildungseinheiten.

Die jährliche Pauschalförderung besteht aus:

1. einer Grundpauschale in Höhe von 76.100 Euro;

2. einer Zusatzpauschale in Höhe von 20.000 Euro für eine Einrichtung der Erwachsenenbildung, die:

a) jährlich mindestens 2.000 Weiterbildungsstunden durchführt. Unter Weiterbildungsstunden werden sechzig Minuten verstanden, an denen Weiterbildungseinheiten gemäß Artikel 7 Absatz 1 Nummer 3 stattfinden; und

b) mindestens über 1,5 vollzeitäquivalente Mitarbeiter verfügt, die im Erwachsenenbildungsbereich tätig sind.

Im Falle einer Fusion werden die zum Zeitpunkt der Fusion geltenden jährlichen Pauschalförderungen der betreffenden Einrichtungen der Erwachsenenbildung addiert und um einen Betrag in Höhe von 10.000 Euro erhöht.

In Abweichung von Absatz 3 beträgt die Erhöhung 20.000 Euro, wenn die fusionierten Einrichtungen der Erwachsenenbildung zusammen jährlich mindestens 10.000 Weiterbildungsstunden durchführen, an denen Weiterbildungseinheiten gemäß Artikel 7 Absatz 1 Nummer 3 stattfinden, und mindestens über vier vollzeitäquivalente Mitarbeiter verfügen, die im Erwachsenenbildungsbereich tätig sind.

Wenn die in Absatz 2 Nummer 2 Buchstabe b) erwähnten Mitarbeiter jährlich nicht durchgehend zulasten der Einrichtungen der Erwachsenenbildung waren, wird die Zusatzpauschale um diese Zeit proportional gekürzt.

Die Berechnung der durchgeführten Weiterbildungseinheiten erfolgt anhand der letzten vorliegenden Auswertung der gemäß Artikel 10.1 Absatz 1 Nummer 2 übermittelten Übersicht."

2. In Absatz 2, der zu Absatz 7 wird, wird die Wortfolge "der Zuschuss" durch die Wortfolge "die jährliche Pauschalförderung", das Wort "Einnahmen" durch die Wortfolge "Einnahmen und ist auf 76.100 Euro begrenzt" und die Wortfolge "des jährlichen pauschalen Zuschusses" durch die Wortfolge "der jährlichen Pauschalförderung" ersetzt.

3. Absatz 3, der zu Absatz 8 wird, wird wie folgt ersetzt:

"Die jährliche Pauschalförderung wird in Zwölfteilen ausbezahlt."

4. In Absatz 4, der zu Absatz 9 wird, wird die Wortfolge "Der jährliche pauschale Zuschuss" durch die Wortfolge "Die jährliche Pauschalförderung" ersetzt.

5. In Absatz 5, der zu Absatz 10 wird, wird die Angabe "65.000 EUR" durch die Angabe "76.100 Euro" ersetzt.

Art. 20 - Artikel 12 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge "den in Artikel 10 Satz 4 genannten Höchstbetrag an die Entwicklung des Verbraucherpreisindex" durch die Wortfolge "die in Artikel 10 Absätze 2, 3, 4, 7 und 10 genannten Beträge einzeln an die Entwicklung des Verbraucherpreisindex, berechnet anhand der Monate November der beiden letzten Vorjahre," ersetzt.

2. In Absatz 2 wird die Wortfolge "den Betrag des in Artikel 10 genannten Zuschusses" durch die Wortfolge "die Beträge der in Artikel 10 genannten jährlichen Pauschalförderung" ersetzt.

Art. 21 - In Artikel 18 desselben Dekrets, aufgehoben durch das Dekret vom 11. Dezember 2018, wieder eingeführt durch das Dekret vom 28. Juni 2021 und abgeändert durch das Dekret vom 28. März 2022, wird folgender Absatz 2 eingefügt:

"Für das Jahr 2023 erfolgt die Berechnung der durchgeführten Weiterbildungseinheiten zwecks Feststellung der Einhaltung von Artikel 10 Absatz 2 Nummer 2 Buchstabe a) anhand der Auswertung der übermittelten Übersicht zu den durchgeführten Weiterbildungseinheiten des Jahres 2019."

Abschnitt 4 - Sport

Art. 22 - Artikel 3 des Sportdekrets vom 19. April 2004, abgeändert durch die Dekrete vom 15. Dezember 2008, 13. Dezember 2016 und 22. Juni 2020, wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 10 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

2. Folgende Nummer 11 wird eingefügt:

"11. Mannschaft: eine Gruppe, die mindestens drei Sportler umfasst."

Art. 23 - Artikel 16 § 1 Absatz 2 desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 15. Dezember 2021, wird wie folgt ersetzt:

„Sportfachverbände erhalten zusätzlich folgende gestaffelte Zuschüsse:

- Für 3 bis 10 angeschlossene Vereine erhalten sie jeweils 175 EUR pro Verein.
- Für 11 bis 20 angeschlossene Vereine erhalten sie jeweils weitere 200 EUR pro Verein.
- Ab dem 21. angeschlossenen Verein erhalten sie jeweils weitere 225 EUR pro Verein.“

Art. 24 - In Artikel 22 § 2 Absatz 2 desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 22. Juni 2020, wird die Wortfolge „bis zum 31. Januar“ durch die Wortfolge „bis zum 1. Dezember des vorangehenden Kalenderjahres“ ersetzt.

Art. 25 - In Artikel 24 Absatz 1 desselben Dekrets, abgeändert durch die Dekrete vom 24. Februar 2014 und 2. März 2015, wird zwischen die Wörter „Weltmeisterschaften,“ und „Europameisterschaften“ das Wort „Weltcup-Veranstaltungen,“ eingefügt.

Art. 26 - In Artikel 24.1 Absatz 1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 24. Februar 2014 und ersetzt durch das Dekret vom 22. Juni 2020, wird die Wortfolge „nicht über das Statut eines Nachwuchs-Kader, C-Kader, B-Kader oder A-Kader Athleten verfügen beziehungsweise nicht als hochqualifizierte Mannschaft eingestuft sind und“ gestrichen und zwischen die Wörter „Verpflegungskosten“ und „erhalten“ die Wortfolge „sowie der Einschreibgebühren“ eingefügt.

Art. 27 - In dasselbe Dekret, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 24. Januar 2022, wird folgender Artikel 26.2 eingefügt:

„Art. 26.2 - Internationale Schulmeisterschaften

Sekundarschulen und der Dachverband können für die Teilnahme an internationalen Schulmeisterschaften einen Zuschuss in Höhe von maximal 500 EUR pro Teilnehmer der Delegation erhalten.

Die Regierung legt die Teilnahmebedingungen, die Organisation der Teilnahme und die Zuschusskriterien fest.“

Art. 28 - Artikel 27 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Nummer 8, eingefügt durch das Dekret vom 11. Dezember 2018, wird zwischen das Wort „übermitteln“ und den Punkt am Ende des Satzes die Wortfolge „, der nicht älter als zwölf Monate sein darf“ eingefügt.

2. In § 2, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 15. Dezember 2021, wird folgender Absatz 2 eingefügt:

„Betreuer, die ein in Absatz 1 Nummer 1 erwähntes Master- oder Bachelorstudium aufgenommen und das erste Studienjahr erfolgreich bestanden haben, werden in die Kategorie B eingestuft.“

Art. 29 - Artikel 28 § 7 Absatz 4 des Dekrets vom 24. Januar 2022 zur Bekämpfung des Dopings im Sport wird aufgehoben.

Art. 30 - Artikel 1 des Dekrets vom 20. November 2006 über das Statut der Sportschützen wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird zwischen die Wortfolgen „Vorliegendes Dekret“ und „legt die Bedingungen“ die Wortfolge „regelt das Sportschießen im deutschen Sprachgebiet und“ eingefügt.

2. Absatz 2 wird aufgehoben.

Art. 31 - Artikel 2 Nummer 10 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

„10. frei verkäufliche Waffen: die in Artikel 3 § 2 des Waffengesetzes aufgeführten Feuerwaffen;“

Art. 32 - In dasselbe Dekret, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 15. Dezember 2021, wird folgender Artikel 3.1 eingefügt:

„Art. 3.1 - Schießsportdisziplinen

Die Regierung legt die Schießsportdisziplinen und die entsprechenden Sportwaffenkategorien fest, für deren Besitz und Benutzung der Erhalt einer entsprechenden Lizenz erforderlich ist.“

Art. 33 - In Artikel 4 desselben Dekrets wird zwischen die Wörter „Sportwaffen“ und „machen“ die Wortfolge „oder frei verkäuflichen Waffen“ eingefügt.

Art. 34 - In Kapitel II desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 11. Dezember 2018, wird folgender Artikel 4.1 eingefügt:

„Art. 4.1 - Grundsatz

Die Lizenz für Sportschützen ermächtigt ihren Inhaber zum Besitz und zur Benutzung der den Schießsportdisziplinen entsprechenden Sportwaffen sowie der dazugehörigen Munition.

Für den Erwerb, den Besitz und die Benutzung von frei verkäuflichen Waffen ist der Erhalt einer Lizenz nicht erforderlich.“

Abschnitt 5 - Medien

Art. 35 - Artikel 4 Absatz 1 des Dekrets vom 27. Juni 1986 über das Belgische Rundfunk- und Fernsehzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft, ersetzt durch das Dekret vom 1. März 2021, wird wie folgt ersetzt:

„Jede Nutzung einer der im Frequenzplan der Deutschsprachigen Gemeinschaft aufgenommenen Funkfrequenzen durch das Zentrum zur Erfüllung seines öffentlich-rechtlichen Kernauftrags gemäß Artikel 1.3 bedarf einer vorherigen Funkfrequenzzuteilung durch die Regierung. Die Regierung legt das anwendbare Verfahren fest.“

Art. 36 - In Artikel 4 Nummer 48 des Dekrets vom 1. März 2021 über die Mediendienste und die Kinovorstellungen wird das Semikolon durch einen Punkt ersetzt und folgender Satz eingefügt:

„Die redaktionelle Verantwortung begründet nicht zwangsläufig eine rechtliche Haftung nach belgischem Recht für die bereitgestellten Inhalte oder Dienste;“

Art. 37 - In Artikel 52 Absatz 1 desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 15. Dezember 2021, wird die Angabe „Artikel 57“ durch die Angabe „den Artikeln 57 und 63“ ersetzt.

Art. 38 - Artikel 63 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

"Art. 63 - Befristete Funkfrequenzzuteilung

In begründeten Einzelfällen, insbesondere zur Erprobung innovativer Technologien, bei kurzfristig auftretendem Frequenzbedarf oder für zeitlich begrenzte Versuchssendungen zur Überprüfung der Effizienz der Empfangsabdeckung durch eine bestimmte Funkfrequenz, kann der Medienrat Anträgen, Funkfrequenzen befristet zuzuteilen, stattgeben. Der mit Gründen versehene Antrag ist schriftlich beim Medienrat einzureichen. Artikel 58 gilt entsprechend, außer für zeitlich begrenzte Versuchssendungen."

Art. 39 - Artikel 73 § 8 Absatz 1 Nummer 2 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

"2. innerhalb von drei Jahren nach der Verabschiedung einer Änderung der Empfehlung der Europäischen Kommission über relevante Märkte bei Märkten, zu denen der Kommission vorher noch kein Maßnahmenentwurf vom Medienrat gemäß Artikel 116 § 2 mitgeteilt wurde."

Art. 40 - In Artikel 106 Absatz 1 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 15. Dezember 2021, wird folgender Satz eingefügt:

"Das Mitglied, das ein vorzeitig ausgeschiedenes Mitglied ersetzt, führt dessen Amtszeit zu Ende."

Art. 41 - In Artikel 112 § 1 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 15. Dezember 2021, wird folgende Nummer 36.1 eingefügt:

"36.1 das Billigen von durch den Beirat gemäß Artikel 129 Absatz 4 erarbeiteten Verhaltenskodizes;"

Art. 42 - In Artikel 129 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 15. Dezember 2021, wird folgender Absatz 4 eingefügt:

"Der Beirat kann aus eigener Initiative Verhaltenskodizes zu den durch Titel 2 regulierten Bereichen erarbeiten. Um in Kraft zu treten, bedürfen diese Kodizes einer Billigung durch den Medienrat. Diese Kodizes:

1. sind derart gestaltet, dass sie von den Hauptbeteiligten in der Deutschsprachigen Gemeinschaft allgemein anerkannt werden;
2. legen ihre Ziele klar und unmissverständlich dar;
3. sehen eine regelmäßige, transparente und unabhängige Überwachung und Bewertung ihrer Zielerfüllung vor; und
4. sehen eine wirksame Durchsetzung einschließlich wirksamer und verhältnismäßiger Sanktionen vor."

Art. 43 - In dasselbe Dekret, abgeändert durch das Dekret vom 15. Dezember 2021, wird folgender Titel 5.1, der die Artikel 137.1 bis 137.4 umfasst, eingefügt:

"Titel 5.1 - Errichtung einer Breitbandinfrastruktur"

Art. 44 - In den Titel 5.1 desselben Dekrets wird folgender Artikel 137.1 eingefügt:

"Art. 137.1 - Begriffsbestimmungen

Unbeschadet des Artikels 4 versteht man für die Anwendung dieses Titels unter:

1. Clawback-Mechanismus: einen Mechanismus zur Vermeidung von Überkompensationen im Rahmen des europäischen Beihilferechts;
2. DAWI: eine Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse im Sinne der Artikel 14 und 106 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) und des Protokolls Nr. 26 zum AEUV;
3. flächendeckend: eine Abdeckung von mindestens 95 aller Haushalte und Unternehmen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft erreichend;
4. FTTH-Netz: eine Telekommunikationsnetzarchitektur (Glasfaser), die zur Bereitstellung von Breitbandanschlüssen für Privathaushalte und KMU verwendet wird;
5. Gebiete, in denen nachweislich ein Marktversagen besteht: Gebiete, in denen keine Ausbauabsichten von privaten Telekommunikationsnetzbetreibern in den kommenden drei Jahren bestehen. Ein solches Marktversagen wird anhand einer Markterkundung ermittelt, die sich an den Bestimmungen der geltenden GEREK-Leitlinien zur geografischen Kartierung von Netzanlagen ("BEREC Guidelines on Geographical surveys of network deployments") sowie an den Kriterien der GEREK-Leitlinien für Netze mit sehr hoher Kapazität ("BEREC Guidelines on Very High Capacity Networks") orientiert;
6. Leistungserbringer: eine privatrechtliche juristische Person, die auf die wirtschaftlich interessanteste Weise und unter Berücksichtigung der in Artikel 137.3 § 1 Absatz 2 genannten Bedingungen in der Lage ist, den Glasfaserausbau in der Deutschsprachigen Gemeinschaft umzusetzen;
7. Wholesale-only: Dienstleistungen und Produkte, die ausschließlich auf der Vorleistungsebene und dementsprechend nicht auf Endkundenmärkten für elektronische Kommunikationsdienste angeboten werden."

Art. 45 - In denselben Titel wird folgender Artikel 137.2 eingefügt:

"Art. 137.2 - Feststellung der DAWI

§ 1 - Im Hinblick auf die flächendeckende Zurverfügungstellung einer modernen, dem Stand der Technik entsprechenden Breitbandinfrastruktur mit sehr hoher Kapazität wird innerhalb des deutschen Sprachgebiets die Errichtung und der Betrieb eines passiven, technologisch neutralen und offenen FTTH-Netzes in Gebieten, in denen nachweislich ein Marktversagen besteht, als DAWI erachtet.

Die Regierung bestimmt:

1. den Anwendungsbereich der DAWI und insbesondere die Gebiete, in denen nachweislich ein Marktversagen besteht;
2. das Datum des Beginns der DAWI."

Art. 46 - In denselben Titel wird folgender Artikel 137.3 eingefügt:

"Art. 137.3 - Beauftragung

§ 1 - Die Regierung beauftragt einen Leistungserbringer mit der Erbringung der in Artikel 137.2 beschriebenen DAWI.

Die Beauftragung unterliegt folgenden Bedingungen:

1. Ungeachtet der Tatsache, dass die DAWI ausschließlich den Aufbau des FTTH-Netzes und dessen Betrieb in den von der Regierung bestimmten Gebieten umfasst, in denen nachweislich ein Marktversagen besteht, wird das FTTH-Netz im gesamten deutschen Sprachgebiet errichtet.

2. Das FTTH-Netz wird in Form eines Wholesale-only Netzes betrieben. Es wird eine passive, technologisch neutrale und offene Infrastruktur bereitstellen.

3. Der Netzausbau erfolgt in einer technologieneutralen Punkt-zu-Punkt-Netztopologie.

4. Das FTTH-Netz wird allen interessierten Zugangsnachfragern offen und zu diskriminierungsfreien Bedingungen zugänglich gemacht, um einen wirksamen Wettbewerb auf der Endkundenebene zu ermöglichen sowie die Bereitstellung wettbewerbsfähiger und erschwinglicher Dienste für die Endnutzer zu gewährleisten.

5. Der Ausbau des FTTH-Netzes muss innerhalb von vier Jahren nach Baubeginn abgeschlossen sein. Die Regierung kann Abweichungen von dieser Bestimmung nur in begründeten Sonderfällen genehmigen. Alle nach diesem Zeitpunkt neu entstehenden Haushalte und Unternehmensstandorte sind ebenfalls an das FTTH-Netz anzuschließen.

6. Der Ausbau des FTTH-Netzes erfolgt flächendeckend.

7. Der Business Case, der dem Ausbau des FTTH-Netzes zugrunde liegt und anhand dessen die Höhe des erforderlichen Ausgleichs ermittelt wird, basiert auf den Kosten eines durchschnittlichen, gut geführten Unternehmens und wird durch einen externen Sachverständigen bestätigt. Dabei werden die Kosten für die Erfüllung der Verpflichtung zur Erbringung von öffentlichen Dienstleistungen unter Berücksichtigung der dabei erzielten Einnahmen und eines angemessenen Gewinns berücksichtigt.

8. Der Grundsatz der Quersubventionierung von rentablen zu nicht rentablen Bereichen ist anzuwenden und wird bei der Ermittlung des erforderlichen Ausgleichs berücksichtigt.

9. Die Quersubventionierung des Aufbaus des FTTH-Netzes und dessen Betrieb in rentablen Bereichen durch Ausgleichszahlungen für die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen ist nicht gestattet.

10. Für die Dauer der Beauftragung wird eine analytische Buchführung errichtet, in der die Kosten und Einnahmen in Verbindung mit der Erbringung der betreffenden DAWI von allen anderen Tätigkeiten getrennt ausgewiesen werden; außerdem ist anzugeben, nach welchen Parametern die Zuordnung der Kosten und Einnahmen erfolgt.

Die Beauftragung beginnt frühestens an dem gemäß Artikel 137.2 § 1 Nummer 2 festgelegten Datum und wird für einen Zeitraum von höchstens vierunddreißig Jahren erteilt. Mindestens alle zehn Jahre prüft die Regierung, ob der Leistungserbringer die der Beauftragung zugrunde liegenden Bedingungen weiterhin erfüllt.

§ 2 - Erfüllt der in § 1 genannte Leistungserbringer nicht länger die in § 1 Absatz 2 genannten Bedingungen, fordert die Regierung ihn auf, binnen einer Frist von höchstens sechs Monaten diesen Bedingungen nachzukommen.

Kommt der Leistungserbringer dieser Aufforderung nicht nach oder ist er nicht in der Lage, seine Situation innerhalb dieses Zeitraums zu regularisieren, entzieht die Regierung die Beauftragung und fordert die gewährten Ausgleichszahlungen für die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen ganz oder teilweise zurück, nachdem sie dem Leistungserbringer die Möglichkeit eingeräumt hat, Stellung zu beziehen.

Die Regierung bestimmt die weiteren Modalitäten bezüglich des Entzugs der Beauftragung und der ganz oder teilweisen Rückforderung der gewährten Ausgleichszahlungen für die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen."

Art. 47 - In denselben Titel wird folgender Artikel 137.4 eingefügt:

"Art. 137.4 - Ausgleichszahlungen für die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen und Clawback-Mechanismus

§ 1 - Im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel gewährt die Regierung dem Leistungserbringer ausschließlich zur Umsetzung der in Artikel 137.2 beschriebenen DAWI eine Ausgleichszahlung für die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen für die ungedeckten Kosten aufgrund der Verpflichtung, die durch die Erbringung der DAWI entstehen.

Die Gesamtsumme der Ausgleichszahlung für die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen beträgt maximal 40 Millionen Euro. Die Teilbeträge dieser Ausgleichszahlung dürfen nicht mehr als 15 Millionen Euro jährlich betragen.

Die Regierung bestimmt die Parameter für die Berechnung der Ausgleichszahlungen für die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen.

§ 2 - Die Regierung stellt über regelmäßig stattfindende Kontrollen, die zumindest alle drei Jahre erfolgen, und eine Kontrolle zum Ende der Laufzeit sicher, dass die für die Erbringung der DAWI gewährten Ausgleichszahlungen für die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen den im europäischen Beihilferecht festgelegten Anforderungen entsprechen und keine Überkompensation stattfindet. Der Leistungserbringer legt dazu die erforderlichen Nachweise vor.

Die Regierung bestimmt die Parameter für die Überwachung und die Änderung der Ausgleichszahlungen für die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen.

§ 3 - Im Falle einer nach Ende der Laufzeit festgestellten Überkompensation zahlt der Leistungserbringer die Ausgleichszahlungen für die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen über einen Clawback-Mechanismus zurück. Der maximale Clawback-Betrag entspricht der ursprünglichen Höhe der durch die Regierung geleisteten Ausgleichszahlungen.

Die Regierung bestimmt die Maßnahmen zur Vermeidung und Rückforderung von Überkompensationszahlungen."

Art. 48 - In Artikel 156 Absatz 6 Satz 2 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 15. Dezember 2021, wird die Angabe "31. Dezember 2021" durch die Angabe "31. Dezember 2022" ersetzt.

KAPITEL 3 - UNTERRICHTSWESEN

Art. 49 - Artikel 3 des Königlichen Erlasses vom 15. April 1977 zur Festlegung der Vorschriften und Bedingungen für die Berechnung der Anzahl Planstellen in bestimmten Ämtern des Erziehungshilfs-, sozialpsychologischen und Verwaltungspersonals des Sekundar- und Hochschulunterrichtswesens mit Ausnahme der Universitäten, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 27. Juni 2022, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 1 Nummer 9 wird die Angabe "550" durch die Angabe "500" ersetzt.

2. In § 5 wird die Angabe "500" durch die Angabe "450" ersetzt.

Art. 50 - In Artikel 123^{undecies} des Dekrets vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regel- und Förderschulen, eingefügt durch das Dekret vom 27. Juni 2022, wird die Angabe "30. Juni 2022" durch die Angabe "30. Juni 2023" ersetzt.

Art. 51 - In Artikel 11 § 4 des Dekrets vom 30. Juni 2003 über dringende Maßnahmen im Unterrichtswesen 2003, eingefügt durch das Dekret vom 10. Dezember 2020, wird folgender Absatz 2 eingefügt:

"Unbeschadet von § 1 Absatz 1 kann im Schuljahr 2022-2023 ein Personalmitglied, von dem nachweislich bekannt ist, dass es aufgrund eines Urlaubs, einer Abwesenheitsform oder einer Zurdispositionstellung während mehr als vier aufeinanderfolgenden Arbeitstagen abwesend sein wird, ab dem ersten Tag seiner Abwesenheit ersetzt werden."

Art. 52 - Artikel 3.3 des Dekrets vom 31. März 2014 über das Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen, abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 3 wird die Wortfolge "und selbstständigen Tagesmüttern/vätern" gestrichen.
2. Nummer 7 wird aufgehoben.

Art. 53 - Artikel 6.100 Nummer 5 desselben Dekrets wird aufgehoben.

KAPITEL 4 - ÜBERTRAGENE REGIONALANGELEGENHEITEN

Abschnitt 1 - Denkmalschutz

Art. 54 - Artikel 46.4 § 6 Absatz 4 des Dekrets vom 23. Juni 2008 über den Schutz der Denkmäler, Kleindenkmäler, Ensembles und historischen Kulturlandschaften sowie über die Ausgrabungen, eingefügt durch das Dekret vom 26. Februar 2018, wird aufgehoben.

Abschnitt 2 - Beschäftigung

Art. 55 - Artikel 8 des Erlassgesetzes vom 28. Dezember 1944 über die soziale Sicherheit der Arbeitnehmer, eingefügt durch das Gesetz vom 30. März 1994 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 23. Januar 2017, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 2 Absatz 5 wird der Satz "Die Regierung legt den Betrag der Entschädigungen fest, die der Entleiher-Kandidat für eine Tätigkeit der lokalen Beschäftigungsagentur zahlen muss, wenn er bei dieser Agentur einen Antrag einreicht." gestrichen und die Wortfolge "Sie legt" durch die Wortfolge "Die Regierung legt" ersetzt.

2. § 3 Absatz 1 wird wie folgt ersetzt:

"Die im Rahmen der lokalen Beschäftigungsagentur verrichteten Tätigkeiten dürfen nur von Personen ausgeführt werden, die beim Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft als nichtbeschäftigte Arbeitsuchende eingetragen sind und Zugang zum belgischen Arbeitsmarkt haben."

3. § 3 Absatz 2 wird wie folgt ersetzt:

"Die Regierung kann zusätzliche Bedingungen in Bezug auf die in Absatz 1 erwähnten Arbeitsuchenden festlegen."

Abschnitt 3 - Lokale Behörden

Art. 56 - In Artikel L1523-15 § 5 des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung, ersetzt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 21. November 2016, wird folgender Satz eingefügt:

"Verzichtet die Opposition im Gemeinderat auf eine Vertretung im Verwaltungsrat, kann die Mehrheit den oder die entsprechenden Vertreter entsenden."

Art. 57 - Artikel 7 Absatz 2 des Dekrets vom 15. Dezember 2008 über die Finanzierung der Gemeinden und öffentlichen Sozialhilfezentren durch die Deutschsprachige Gemeinschaft, abgeändert durch die Dekrete vom 13. Februar 2012 und 12. Dezember 2019, wird wie folgt ersetzt:

"Ab dem Haushaltsjahr 2023 beträgt die jährliche Gesamtdotation 3.000.000 EUR."

Art. 58 - In Artikel 72 des Gemeindedekrets vom 23. April 2018 wird zwischen die Wörter "Gemeinde" und "werden" die Wortfolge ", mit Ausnahme von durch die Gemeinde ausgestellten Ausgangsrechnungen," eingefügt.

Art. 59 - In Titel 4 Kapitel 4 Abschnitt 8 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 25. Januar 2021, wird folgender Artikel 170.11 eingefügt:

"Art. 170.11 - Bürgerbeteiligungshaushalt

Gemäß den von ihm festgelegten Modalitäten kann der Gemeinderat beschließen, einen als Bürgerbeteiligungshaushalt bezeichneten Teil des Gemeindehaushalts zur Finanzierung von Projekten zu bestimmen, die aus Wohnviertel- oder Bürgervereinigungen mit Rechtspersönlichkeit entstanden sind."

Art. 60 - In Artikel 90 des Dekrets vom 25. Januar 2021 zur Abänderung des Gemeindedekrets vom 23. April 2018 wird die Angabe "1. Januar 2024" durch die Angabe "1. Januar 2029" ersetzt.

Abschnitt 4 - Tourismus

Art. 61 - In Artikel 7 § 2 Nummer 1 Buchstabe f) des Dekrets vom 23. Januar 2017 zur Förderung des Tourismus, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird die Wortfolge "in den Sommerferien" durch die Wortfolge "während der in Belgien geltenden Schulferien" ersetzt.

Art. 62 - Artikel 9 Absatz 1 Nummer 6 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

"6. Saisonale Unterkünfte: touristische Unterkünfte im Außenbereich, die nur während einer bestimmten Saison temporär angelegt sind und nicht dem gängigen Bild einer touristischen Unterkunft entsprechen."

Art. 63 - Artikel 12 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 1 wird folgender Satz eingefügt:

"In diesem Fall ist er verpflichtet, in allen Werbemitteln der eingestuften touristischen Unterkunft die entsprechende Kategorie und Komfortstufe anzugeben."

2. In § 2 wird die Wortfolge "für einen unbegrenzten Zeitraum" durch die Wortfolge "für eine Dauer von sechs Jahren und ist erneuerbar" ersetzt.

Art. 64 - In Artikel 15 desselben Dekrets wird folgender Satz eingefügt:

„Bei Verstreichen der Gültigkeitsdauer der Einstufung ist das Kernschild spätestens binnen zehn Tagen nach Erhalt einer entsprechenden Mitteilung der Regierung zurückzuschicken.“

Art. 65 - Artikel 26 § 5 Absatz 4 desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 26. Februar 2018, wird aufgehoben.

Abschnitt 5- Wohnungswesen

Art. 66 - In Kapitel IX des Dekrets der Wallonischen Region vom 15. März 2018 über den Wohnmietvertrag wird folgender Artikel 91.1 eingefügt:

„Art. 91.1 - § 1 - In Abweichung von Artikel 26 werden die Mieten der zum 1. Januar 2023 laufenden Mietverträge zwischen dem 1. Januar 2023 und dem 31. Dezember 2023 gemäß den Bestimmungen des vorliegenden Artikels indexiert.

Für die Anwendung des vorliegenden Artikels versteht man unter „PEB-Ausweis“ den in Artikel 2 Nummer 22 des Dekrets der Wallonischen Region vom 28. November 2013 über die Energieeffizienz von Gebäuden aufgeführten Ausweis über die Energieeffizienz.

§ 2 - Wenn der Mietvertrag eine Wohnung mit einem PEB-Ausweis E betrifft und der Jahrestag dieses Mietvertrags ab dem 1. Januar 2023 eintritt, ist die Indexierung der Miete auf 50 der unter den in Artikel 26 festgelegten Bedingungen erlaubten Indexierung begrenzt.

Wenn der Mietvertrag eine Wohnung mit einem PEB-Ausweis F oder G oder ohne PEB-

Ausweis betrifft und der Jahrestag dieses Mietvertrags ab dem 1. Januar 2023 eintritt, ist eine Indexierung der Miete nicht erlaubt.

§ 3 - Die Regierung kann die Bestimmungen des vorliegenden Artikels einmalig für höchstens ein Jahr verlängern.“

KAPITEL 5 - INFRASTRUKTUR

Art. 67 - In Artikel 11 Absatz 1 Nummer 3.1 des Dekrets vom 18. März 2002 zur Infrastruktur, eingefügt durch das Dekret vom 2. März 2015, wird die Wortfolge „von Artikel 1 Nummer 8 des Dekrets vom 4. Juni 2007 über die Wohn-, Begleit- und Pflegestrukturen für Senioren, die Seniorenresidenzen und über die psychiatrischen Pflegewohnheime“ durch Wortfolge „der Artikel 19 und 20 des Dekrets vom 13. Dezember 2018 über die Angebote für Senioren und Personen mit Unterstützungsbedarf sowie über die Palliativpflege“ ersetzt.

Art. 68 - In Artikel 42.1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 2. März 2015, wird die Wortfolge „Artikel 10.2 des Dekrets vom 4. Juni 2007 über die Wohn-, Begleit- und Pflegestrukturen für Senioren, die Seniorenresidenzen und über die psychiatrischen Pflegewohnheime“ durch die Wortfolge „Artikel 20 des Dekrets vom 13. Dezember 2018 über die Angebote für Senioren und Personen mit Unterstützungsbedarf sowie über die Palliativpflege“ ersetzt.

Art. 69 - Artikel 43 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In der Überschrift wird das Wort „Altenheimen“ durch die Wortfolge „Wohn- und Pflegezentren für Senioren und von Wohn- und Pflegezentren für Personen mit Unterstützungsbedarf“ ersetzt.

2. Die Wortfolge „der Altenheime und Alten- und Pflegeheime“ wird durch die Wortfolge „der Wohn- und Pflegezentren für Senioren und der Wohn- und Pflegezentren für Personen mit Unterstützungsbedarf“ ersetzt.

Art. 70 - Artikel 44.2 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 22. Februar 2016, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird das Wort „jährliche“ durch das Wort „mehrjährige“ ersetzt.

2. In Absatz 5 wird die Wortfolge „drei Jahren nach ihrer Auszahlung“ durch die Wortfolge „einer von ihr festgelegten Frist“ ersetzt.

Art. 71 - In Artikel 44.3 Absatz 2 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 22. Februar 2016, wird das Wort „jährlichen“ durch das Wort „mehrjährigen“ ersetzt.

KAPITEL 6 - FINANZEN UND HAUSHALT

Art. 72 - In Artikel 1 § 3 Nummer 3 des Dekrets vom 17. Januar 1994 zur Einrichtung von zusätzlichen Haushaltsfonds der Deutschsprachigen Gemeinschaft, ersetzt durch das Dekret vom 25. Juni 2007, wird zwischen das Wort „Dienstleistungen“ und den Punkt am Ende des Satzes die Wortfolge „sowie an untergeordnete Behörden des deutschen Sprachgebiets“ eingefügt.

KAPITEL 7 - VERSCHIEDENES

Art. 73 - Artikel 65 § 1 Absatz 1 des Programmdekrets 2013 vom 25. Februar 2013, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 15. Dezember 2021, wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 6 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

2. Folgende Nummer 7 wird eingefügt:

„7. im Jahr 2023: 2.357,03 Euro pro Vollzeitäquivalentstelle.“

Art. 74 - In Kapitel 2 des Dekrets vom 15. Oktober 2018 über die individuelle und öffentliche elektronische Kommunikation der Behörden des deutschen Sprachgebiets wird folgender Abschnitt 3, der die Artikel 17.1 bis 17.5 umfasst, eingefügt:

„Abschnitt 3 - Elektronische Kopien analoger Verwaltungsdokumente“

Art. 75 - In den Abschnitt 3 desselben Dekrets wird folgender Artikel 17.1 eingefügt:

"Art. 17.1 - Grundsatz

Die Behörde kann bei der Anwendung von gesetzlichen, dekretalen oder verordnungsmäßigen Bestimmungen erstellte oder erhaltene analoge Verwaltungsdokumente im Sinne des Dekrets vom 16. Oktober 1995 über die Öffentlichkeit von Verwaltungsdokumenten durch elektronische Kopien ersetzen.

Die gemäß den Bestimmungen des vorliegenden Abschnitts erstellten und aufbewahrten elektronischen Kopien behalten im Hinblick auf die Anwendung der in Absatz 1 erwähnten gesetzlichen, dekretalen oder verordnungsmäßigen Bestimmungen dieselbe Gültigkeit wie die Originale."

Art. 76 - In denselben Abschnitt wird folgender Artikel 17.2 eingefügt:

"Art. 17.2 - Verfahren

Die Behörde legt nach vorherigem Gutachten ihres Datenschutzbeauftragten das Verfahren für die Ersetzung analoger Verwaltungsdokumente durch elektronische Kopien für jede Kategorie von Verwaltungsdokumenten schriftlich fest.

Es kann ein und dasselbe Verfahren für unterschiedliche Kategorien von Verwaltungsdokumenten festgelegt werden."

Art. 77 - In denselben Abschnitt wird folgender Artikel 17.3 eingefügt:

"Art. 17.3 - Verfahrensvorgaben

§ 1 - Das Verfahren gemäß Artikel 17.2 gewährleistet, dass die elektronische Kopie eine vollständige und getreue Wiedergabe des analogen Verwaltungsdokuments ist und dass die anwendbaren Bestimmungen im Bereich Datenschutz eingehalten werden.

Es entspricht den Vorgaben der internen Organisationskontrolle.

§ 2 - Das Verfahren gemäß Artikel 17.2 umfasst folgende Elemente:

1. eine Festlegung der technischen Spezifikationen der elektronischen Kopie;
2. einen Stufenplan für die Durchführung der Ersetzung;
3. die Angabe der Gültigkeitsdauer, während der das Verfahren in Kraft ist.

Der in Absatz 1 Nummer 2 erwähnte Stufenplan umfasst folgende Schritte:

1. die Registrierung folgender Metadaten:
 - a) die Bezeichnung der Kategorie des Verwaltungsdokuments und gegebenenfalls die Bezeichnung der Akte, der das einzelne Verwaltungsdokument zugeordnet ist;
 - b) die Bezeichnung des einzelnen Verwaltungsdokuments;
 - c) das Datum, an dem das analoge Verwaltungsdokument erstellt wurde oder eingegangen ist;
 - d) das Datum, an dem die elektronische Kopie erstellt wurde;
2. eine Überprüfung der Richtigkeit der Metadaten, der Lesbarkeit der elektronischen Kopie und des Umfangs, in dem die elektronische Kopie vollständig und getreu dem analogen Verwaltungsdokument entspricht;
3. die Vernichtung der analogen Verwaltungsdokumente, die durch eine elektronische Kopie ersetzt wurden. Diese Vernichtung ist nur möglich, wenn die in Nummer 2 genannten Bedingungen erfüllt sind."

§ 3 - Die Regierung stellt den Behörden eine entsprechende Muster-Regelung zur Verfügung."

Art. 78 - In denselben Abschnitt wird folgender Artikel 17.4 eingefügt:

"Art. 17.4 - Aufbewahrung elektronischer Kopien

Die elektronischen Kopien werden derart aufbewahrt, dass:

1. kein Informationsverlust auftritt;
2. die Lesbarkeit langfristig gewährleistet ist;
3. keine Änderungen vorgenommen werden können;
4. die Vertraulichkeit der personenbezogenen Daten gewährleistet bleibt;
5. jede Handlung, die die Unversehrtheit und die Authentizität der elektronischen Kopie beeinträchtigen könnte, protokolliert wird.

Das Verfahren gemäß Artikel 17.2 wird für denselben Zeitraum und auf dieselbe Weise verwaltet und aufbewahrt wie die elektronischen Kopien."

Art. 79 - In denselben Abschnitt wird folgender Artikel 17.5 eingefügt:

"Art. 17.5 - Ausnahmen

Verwaltungsdokumente können nicht im Sinne des vorliegenden Abschnitts vernichtet werden, wenn der analoge Träger:

1. wichtige Kontextinformationen über das Verwaltungsdokument enthält;
2. eine besondere aktuelle, soziale, historische, religiöse, politische oder gesamtgesellschaftliche Bedeutung hat;
3. einen Museumswert hat."

Art. 80 - Vom 21. Dezember 2022 bis zum 20. März 2023 wird die Vollstreckung aller administrativen Wohnungsräumungen gemäß Artikel 7 und 172 des Gesetzbuches über nachhaltiges Wohnen sowie aller gerichtlichen Wohnungsräumungen gemäß Artikel 1344ter des Gerichtsgesetzbuches im deutschen Sprachgebiet von Rechtswegen ausgesetzt.

Art. 81 - § 1 - Öffentliche Arbeitgeber, deren Wohn- und Pflegezentren durch die Deutschsprachige Gemeinschaft anerkannt sind, können im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel die Rückzahlung der mit dem bezahlten Bildungsurlaub zusammenhängenden Entlohnungen an folgende Arbeitnehmer, die eine in Artikel 109 des Sanierungsgesetzes vom 22. Januar 1985 zur Festlegung sozialer Bestimmungen erwähnte Ausbildung absolvieren, erhalten, insofern die Bedingungen der Artikel 109 bis 112 und 114 bis 117 des Sanierungsgesetzes vom 22. Januar 1985 zur Festlegung sozialer Bestimmungen und dessen entsprechenden Ausführungsbestimmungen eingehalten werden:

1. Arbeitnehmer, die aufgrund eines oder mehrerer Arbeitsverträge im Sinne des Gesetzes vom 3. Juli 1978 über die Arbeitsverträge vollzeitbeschäftigt sind;

2. Arbeitnehmer mit einer Beschäftigung, die mindestens einer Vierfünttelbeschäftigung entspricht;

3. Arbeitnehmer, die auf der Grundlage eines variablen Stundenplans im Sinne von Artikel 11bis des Gesetzes vom 3. Juli 1978 über die Arbeitsverträge teilzeitbeschäftigt sind.

Personen, die anders als aufgrund eines Arbeitsvertrags unter der Autorität einer oder mehrerer Personen auf der Grundlage der in Absatz 1 erwähnten Regelungen Arbeitsleistungen erbringen, werden den in Absatz 1 erwähnten Arbeitnehmern gleichgestellt.

§ 2 - Die Regierung kann die Rückzahlung auf einen Pauschalbetrag beschränken, der je nach Ausbildungsart variieren kann.

§ 3 - Die Regierung kann den Schulleitern und den Verantwortlichen für den Unterricht

der in Artikel 109 des Sanierungsgesetzes vom 22. Januar 1985 zur Festlegung sozialer Bestimmungen erwähnten Organisationen, die von den Mitarbeitern der in § 1 erwähnten Arbeitgeber besucht werden, die Führung und Übermittlung von Dokumenten und Auskünften über den Verlauf des Studiums auferlegen.

§ 4 - Die Schuldforderungen zwecks Rückzahlung der mit dem bezahlten Bildungsurlaub zusammenhängenden Entlohnungen werden gemäß den von der Regierung festgelegten Modalitäten innerhalb einer Frist von anderthalb Jahren ab dem 1. Januar des Haushaltsjahres, in dem die Schuldforderungen entstanden sind, eingereicht.

Für Schuldforderungen in Bezug auf den während einer Ausbildung gewährten bezahlten Bildungsurlaub wird davon ausgegangen, dass sie am letzten Tag der Ausbildung oder, wenn sich die Ausbildung über mehrere Jahre erstreckt, am letzten Tag jedes Ausbildungsjahres entstanden sind.

KAPITEL 8 - SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Art. 82 - Vorliegendes Dekret tritt am 1. Januar 2023 in Kraft, mit Ausnahme von:

1. Artikel 27 und 49, die mit Wirkung vom 1. September 2022 in Kraft treten;

2. Artikel 48 und 51, die mit Wirkung vom 1. Oktober 2022 in Kraft treten;

3. Artikel 11, 12, 13, 43, 44, 45, 46, 47 und 80, die am Tag seiner Verabschiedung in Kraft treten.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Eupen, den 15. Dezember 2022

O. PAASCH

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen

A. ANTONIADIS

Der Vize-Ministerpräsident,
Minister für Gesundheit und Soziales,
Raumordnung und Wohnungswesen

I. WEYKMANS

Die Ministerin für Kultur und Sport,
Beschäftigung und Medien

L. KLINKENBERG

Die Ministerin für Bildung,
Forschung und Erziehung

Fußnote

Sitzungsperiode 2022-2023

Nummerierte Dokumente: 233 (2022-2023) Nr. 1 Dekretvorschlag

233 (2022-2023) Nr. 2 Abänderungsvorschläge

233 (2022-2023) Nr. 3 Abänderungsvorschläge

233 (2022-2023) Nrn. 4+4A+4e Bericht + Addendum + Erratum

233 (2022-2023) Nr. 5 Abänderungsvorschlag zu dem vom Ausschuss angenommenen Text

233 (2022-2023) Nr. 6 Vom Plenum des Parlaments verabschiedeter Text

Ausführlicher Bericht: 15. Dezember 2022 - Nr. 53 Diskussion und Abstimmung

TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2023/203819]

15 DECEMBRE 2022. — Décret-programme 2022

Le Parlement de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

CHAPITRE 1^{er} - Matières personnalisablesSection 1^{re} - Santé

Article 1^{er}. À l'article 72 de la loi coordonnée du 10 juillet 2008 sur les hôpitaux et autres établissements de soins, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans l'alinéa 3, les mots « l'agrément est accordé pour une période limitée qui peut être prorogée. » sont remplacés par les mots « le Gouvernement octroie l'agrément. »;

2^o l'article est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Le Gouvernement détermine la durée de l'agrément. Celle-ci peut être déterminée ou indéterminée. »

Section 2 - Famille

Art. 2. Dans l'article 15, § 3, alinéa 2, du décret du 31 mars 2014 relatif à l'accueil d'enfants, il est inséré un 2.1^o rédigé comme suit :

" 2.1^o le cas échéant, en ce qui concerne les personnes actives dans l'accueil d'enfants qui agissent en tant que prestataires : les données mentionnées à l'alinéa 1^{er}, 2^o, a) à c); ».

Art. 3. À l'article 28, § 3, alinéa 1^{er}, du décret du 23 avril 2018 relatif aux prestations familiales, les modifications suivantes sont apportées :

1^o au 4^o, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

2^o l'alinéa est complété par un 5^o rédigé comme suit :

« 5^o si aucune personne majeure n'a le même domicile que l'enfant. »

Art. 4. À l'article 64 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1^o au 8^o, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

2^o l'article est complété par un 9^o rédigé comme suit :

« 9^o les données relatives à l'identité et les données de contact du médecin traitant de l'enfant. »

Section 3 - Affaires sociales

Art. 5. À l'article 27, alinéa 1^{er}, du décret du 13 décembre 2016 portant création d'un Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée, les modifications suivantes sont apportées :

1^o au 2^o, les mots « deux membres de chacune des conférences » sont remplacés par les mots « deux membres au maximum de chacune des conférences »;

2^o le 3^o est remplacé par ce qui suit :

« 3^o au maximum huit spécialistes, provenant par exemple des secteurs de l'emploi, de la formation, de la bioéthique, de la santé, des soins de longue durée, de la revalidation, de l'intégration socioprofessionnelle ou du logement. »;

3^o les numéros 4^o à 10^o sont abrogés.

Art. 6. À l'article 3 du décret du 11 décembre 2017 relatif à l'intégration et au vivre ensemble dans la diversité, les modifications suivantes sont apportées :

1^o au 11^o, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

2^o l'article est complété par un 12^o rédigé comme suit :

« 12^o garde d'enfants : la garde des enfants des migrants participants, âgés de quatre mois au moins et de trois ans au plus, proposée gratuitement dans le cadre du parcours d'intégration par les pouvoirs organisateurs des cours de langue et d'intégration agréés. »

Art. 7. Dans le même décret, modifié par les décrets des 12 décembre 2019 et 10 décembre 2020, il est inséré un article 10.1 rédigé comme suit :

« Art. 10.1 - Garde d'enfants

Les pouvoirs organisateurs des cours de langue et d'intégration agréés garantissent une garde d'enfants dans le cadre du parcours d'intégration.

La garde d'enfants est gratuite pour les migrants. Elle est proposée parallèlement aux cours de langue et d'intégration agréés.

Le Gouvernement fixe les autres modalités relatives à la garde d'enfants ainsi que le montant et les conditions de subventionnement de la garde d'enfants. »

CHAPITRE 2 - Matières culturelles Section 1^{re} - Culture

Art. 8. Dans l'article 13, alinéa 3, du décret du 16 décembre 2003 relatif à la promotion des ateliers créatifs, inséré par le décret du 10 décembre 2020, les mots « jusqu'au 31 décembre 2022 » sont remplacés par les mots « jusqu'au 31 décembre 2023 ».

Art. 9. Dans l'article 37 du décret du 18 novembre 2013 visant à soutenir la culture en Communauté germanophone, le § 2, modifié par le décret du 2 mars 2015, est remplacé par ce qui suit :

« § 2. La demande est introduite auprès du Gouvernement.

Pour les projets débutant entre le 1^{er} janvier et le 30 juin, la demande est introduite au plus tard pour le 31 octobre de l'année calendrier précédente.

Pour les projets débutant entre le 1^{er} juillet et le 31 décembre, la demande est introduite au plus tard pour le 31 mars de la même année. ”

Art. 10. Dans l'article 43.2, § 2, alinéa 2, du même décret, inséré par le décret du 20 février 2017, les mots « pour le 31 mars au plus tard » sont remplacés par les mots « pour le 31 mars ou le 31 octobre au plus tard ».

Art. 11. À l'article 93.1, § 1^{er}, du même décret, inséré par le décret du 10 décembre 2020 et modifié par le décret du 26 avril 2021, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, la phrase est complétée par les mots « et réduits d'un tiers pour l'année calendrier 2022. »;

2° l'alinéa 2 est complété par la phrase suivante :

« Pour l'année calendrier 2022, les critères quantitatifs mentionnés à l'alinéa 1^{er} sont réduits d'un tiers. »

Art. 12. À l'article 93.2, § 1^{er}, du même décret, inséré par le décret du 10 décembre 2020 et modifié par le décret du 26 avril 2021, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'alinéa 1^{er} est complété par la phrase suivante :

” Pour l'année calendrier 2022, les nombres de visiteurs y mentionnés sont réduits d'un tiers. »;

2° l'alinéa 2 est complété par la phrase suivante :

« Pour l'année calendrier 2022, les nombres de visiteurs mentionnés à l'alinéa 1^{er} sont réduits d'un tiers. »

Art. 13. À l'article 93.3, § 1^{er}, du même décret, inséré par le décret du 10 décembre 2020 et modifié par le décret du 26 avril 2021, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, la phrase est complétée par les mots « et réduits d'un tiers pour l'année calendrier 2022. »;

2° l'alinéa 2 est complété par la phrase suivante :

« Pour l'année calendrier 2022, les critères quantitatifs mentionnés à l'alinéa 1^{er} sont réduits d'un tiers. »

Art. 14. L'article 93.9 du même décret, inséré par le décret du 28 mars 2022, devient l'article 93.10.

Art. 15. À l'annexe 1^{re} du même décret, remplacée par le décret du 10 décembre 2020, la 3^e colonne du tableau « Troupes théâtrales » est remplacée par ce qui suit :

Subside (euros)
1 200,00
1 000,00
950,00

Section 2 - Jeunesse

Art. 16. Dans l'article 27, § 2, du décret du 6 décembre 2011 visant à soutenir l'animation de jeunesse, remplacé par le décret du 14 décembre 2021, les modifications suivantes sont apportées :

1° au 1°, les mots « , ainsi que les points forts, les activités et les projets prévus pour l'année suivante » sont abrogés;

2° le paragraphe est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Chaque année, pour le 15 novembre au plus tard, la structure d'animation en milieu ouvert introduit le programme communal annuel pour l'année calendrier suivante, y compris les points forts, les activités et les projets. »

Art. 17. Dans l'article 39, § 3, du même décret, les mots « à l'âge de 15 ans » sont remplacés par les mots « dans l'année où ils atteignent l'âge de 15 ans ».

Art. 18. Dans l'article 46, 3°, du même décret, remplacé par le décret du 10 décembre 2020, les mots « dont au moins deux représentants de l'animation en milieu ouvert, deux représentants des organisations de jeunesse, un représentant de l'animation de jeunesse ambulante » sont remplacés par les mots « dont au moins deux représentants des organisations de jeunesse, un représentant de l'animation en milieu ouvert, un représentant du Bureau de la Jeunesse ».

Section 3 - Formation des adultes

Art. 19. À l'article 10 du décret du 17 novembre 2008 visant à soutenir les établissements de formation pour adultes, modifié par les décrets des 25 février 2013 et 11 décembre 2018, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'alinéa 1^{er} est remplacé par ce qui suit :

« L'établissement de formation pour adultes qui satisfait aux dispositions du présent décret reçoit un soutien forfaitaire annuel servant à la fois de subside pour un noyau stable d'agents, de subside de fonctionnement forfaitaire et de subside pour les unités de formation continue effectivement organisées conformément à l'article 1^{er}, 2°, et à l'article 7, alinéa 1^{er}, 3°, ou alinéa 2.

Le soutien forfaitaire annuel se compose :

1° d'un forfait de base s'élevant à 76 100 euros;

2° d'un forfait supplémentaire s'élevant à 20 000 euros pour un établissement de formation pour adultes qui :

a) organise chaque année au moins 2 000 heures de formation continue. Par "heures de formation continue", il faut entendre soixante minutes au cours desquelles les unités de formation continue ont lieu conformément à l'article 7, alinéa 1^{er}, 3°; et

b) dispose d'au moins 1,5 collaborateur équivalent temps plein actif dans le domaine de la formation pour adultes.

En cas de fusion, les soutiens forfaitaires annuels accordés aux établissements de formation pour adultes concernés et valables au moment de la fusion sont additionnés et augmentés d'un montant de 10 000 euros.

Par dérogation à l'alinéa 3, l'augmentation est de 20 000 euros lorsque les établissements de formation pour adultes fusionnés organisent chaque année un total d'au moins 10 000 heures de formation continue au cours desquelles les unités de formation continue ont lieu conformément à l'article 7, alinéa 1^{er}, 3°, et disposent d'au moins quatre collaborateurs équivalents temps plein actifs dans le domaine de la formation pour adultes.

Si les collaborateurs mentionnés à l'alinéa 2, 2^o, b), n'étaient pas à charge des établissements de formation pour adultes en continu chaque année, le forfait supplémentaire est diminué de cette période au prorata.

Le calcul des unités de formation continue organisées s'effectue sur la base de la dernière évaluation disponible de l'aperçu transmis conformément à l'article 10.1, alinéa 1^{er}, 2^o. »;

2^o dans l'alinéa 2, qui devient l'alinéa 7, les mots « le subside représente au plus 100

de toutes les recettes en ce qui concerne les établissements de formation pour adultes non encore soutenus » sont remplacés par les mots « le soutien forfaitaire annuel représente, pour les établissements de formation pour adultes non encore soutenus, au plus 100

de toutes les recettes et est plafonné à 76 100 euros », et les mots « du subside forfaitaire annuel » sont remplacés par les mots « du soutien forfaitaire annuel »;

3^o l'alinéa 3, qui devient l'alinéa 8, est remplacé par ce qui suit :

« Le soutien forfaitaire annuel est liquidé sous la forme de douzièmes. »;

4^o dans l'alinéa 4, qui devient l'alinéa 9, les mots « Le subside forfaitaire annuel » sont remplacés par les mots « Le soutien forfaitaire annuel »;

5^o dans l'alinéa 5, qui devient l'alinéa 10, les mots « 65.000 EUR » sont remplacés par les mots « 76 100 euros ».

Art. 20. À l'article 12 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans l'alinéa 1^{er}, les mots « le montant maximal visé à l'article 10, quatrième phrase, à l'évolution de l'indice des prix à la consommation » sont remplacés par les mots « individuellement les montants mentionnés à l'article 10, alinéas 2, 3, 4, 7 et 10, à l'évolution de l'indice des prix à la consommation, calculée sur la base des mois de novembre des deux années précédentes »;

2^o dans l'alinéa 2, les mots « le montant visé à l'article 10 par un coefficient en vue de l'adapter » sont remplacés par les mots « les montants du soutien forfaitaire annuel visé à l'article 10 par un coefficient en vue de les adapter ».

Art. 21. L'article 18 du même décret, abrogé par le décret du 11 décembre 2018, rétabli par le décret du 28 juin 2021 et modifié par le décret du 28 mars 2022, est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Pour l'année 2023, le calcul des unités de formation continue organisées, visant à vérifier le respect de l'article 10, alinéa 2, 2^o, a), s'effectue sur la base de l'évaluation de l'aperçu transmis concernant les unités de formation continue organisées au cours de l'année 2019. »

Section 4 - Sport

Art. 22. À l'article 3 du décret sur le sport du 19 avril 2004, modifié par les décrets des 15 décembre 2008, 13 décembre 2016 et 22 juin 2020, les modifications suivantes sont apportées :

1^o au 10^o, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

2^o l'article est complété par un 11^o rédigé comme suit :

« 11^o équipe : un groupe d'au moins trois sportifs. »

Art. 23. Dans l'article 16, § 1^{er}, du même décret, l'alinéa 2, remplacé par le décret du 15 décembre 2021, est remplacé par ce qui suit :

« Les fédérations sportives reçoivent en outre les subsides échelonnés suivants :

- pour 3 à 10 clubs affiliés, elles reçoivent chacune 175 euros par club;
- pour 11 à 20 clubs affiliés, elles reçoivent chacune 200 euros supplémentaires par club;
- à partir du 21^e club affilié, elles reçoivent chacune 225 euros supplémentaires par club. »

Art. 24. Dans l'article 22, § 2, alinéa 2, du même décret, remplacé par le décret du 22 juin 2020, les mots « avant le 31 janvier » sont remplacés par les mots « au plus tard pour le 1^{er} décembre de l'année calendrier précédente ».

Art. 25. Dans l'article 24, alinéa 1^{er}, du même décret, modifié par les décrets des 24 février 2014 et 2 mars 2015, les mots « aux événements de Coupe du monde, » sont insérés entre les mots « aux championnats du monde, » et les mots « aux championnats d'Europe ».

Art. 26. Dans l'article 24.1, alinéa 1^{er}, du même décret, inséré par le décret du 24 février 2014 et remplacé par le décret du 22 juin 2020, les mots « n'ont pas le statut d'athlète des cadres "Espoirs", C, B ou A, ou, selon le cas, ne sont pas classés comme équipe hautement qualifiée et » sont abrogés et les mots « ainsi que des droits d'inscription » sont insérés entre les mots « de nourriture » et les mots « dans la mesure ».

Art. 27. Dans le même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 24 janvier 2022, il est inséré un article 26.2 rédigé comme suit :

« Art. 26.2 - Championnats scolaires internationaux

Les écoles secondaires et l'association faïtière peuvent recevoir un subside d'un montant maximal de 500 euros par membre de la délégation pour la participation à des championnats scolaires internationaux.

Le Gouvernement fixe les conditions de participation, l'organisation de la participation et les critères d'octroi du subside. »

Art. 28. À l'article 27 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans le § 1^{er}, le 8^o, inséré par le décret du 11 décembre 2018, est remplacé par ce qui suit : « 8^o Lorsque les membres majeurs du personnel d'encadrement n'ont pas d'inscription dans le casier judiciaire, conformément à l'article 596, alinéa 2, du code d'instruction criminelle, qui leur interdit entre autres l'encadrement de mineurs, et transmettent à l'organisateur du camp sportif l'extrait du casier judiciaire (modèle 2) correspondant, lequel ne peut dater de plus de douze mois. »;

2^o le § 2, modifié en dernier lieu par le décret du 15 décembre 2021, est complété par un alinéa rédigé comme suit :

“ Le personnel d'encadrement ayant commencé des études de master ou de bachelor telles que visées à l'alinéa 1^{er}, 1^o, et réussi avec fruit la première année d'études est classé dans la catégorie B. ”

Art. 29. Dans l'article 28, § 7, du décret du 24 janvier 2022 relatif à la lutte contre le dopage dans le sport, l'alinéa 4 est abrogé.

Art. 30. À l'article 1^{er} du décret du 20 novembre 2006 relatif au statut des tireurs sportifs, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans l'alinéa 1^{er}, les mots « règle le tir sportif dans la région de langue allemande et » sont insérés entre les mots « Le présent décret » et les mots « fixe les conditions »;

2^o l'alinéa 2 est abrogé.

Art. 31. Dans l'article 2 du même décret, le 10^o est remplacé par ce qui suit :

« 10^o armes en vente libre : les armes à feu mentionnées à l'article 3, § 2, de la loi sur les armes; ».

Art. 32. Dans le même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 15 décembre 2021, il est inséré un article 3.1 rédigé comme suit :

« Art. 3.1 - Disciplines de tir sportif

Le Gouvernement détermine les disciplines de tir sportif et les catégories d'armes de sport correspondantes pour la détention et l'utilisation desquelles une licence ad hoc est requise. »

Art. 33. Dans l'article 4 du même décret, les mots « ou d'armes en vente libre » sont insérés entre les mots « d'armes de sport » et les mots « que sous la surveillance ».

Art. 34. Dans le chapitre II du même décret, modifié par le décret du 11 décembre 2018, il est inséré un article 4.1 rédigé comme suit :

« Art. 4.1 - Principe

La licence de tireur sportif autorise ses titulaires à détenir et à utiliser les armes de sport respectives des disciplines de tir sportif ainsi que les munitions pour ces armes.

Pour l'acquisition, la détention et l'utilisation d'armes en vente libre, aucune licence n'est requise. »

Section 5 - Médias

Art. 35. Dans l'article 4 du décret du 27 juin 1986 relatif au Centre belge pour la Radiodiffusion-Télévision de la Communauté germanophone, remplacé par le décret du 1^{er} mars 2021, l'alinéa 1^{er} est remplacé par ce qui suit :

« Toute utilisation par le Centre d'une des radiofréquences reprises au plan de fréquences de la Communauté germanophone, aux fins de l'accomplissement de sa mission de base de droit public conformément à l'article 1.3, nécessite une attribution de radiofréquences préalable de la part du Gouvernement. Celui-ci fixe la procédure applicable. »

Art. 36. Dans l'article 4 du décret du 1^{er} mars 2021 relatif aux services de médias et aux représentations cinématographiques, le 48^o est complété par la phrase suivante :

« La responsabilité éditoriale n'a pas nécessairement pour corollaire une responsabilité juridique quelconque en vertu du droit belge à l'égard du contenu ou des services fournis; ».

Art. 37. Dans l'article 52, alinéa 1^{er}, du même décret, remplacé par le décret du 15 décembre 2021, les mots « à l'article 57 » sont remplacés par les mots « aux articles 57 et 63 ».

Art. 38. L'article 63 du même décret est remplacé par ce qui suit :

« Art. 63 - Attribution temporaire de radiofréquences

Dans des cas particuliers motivés, notamment en vue de tester des technologies innovantes, lorsqu'il y a besoin de fréquences à court terme ou pour des émissions expérimentales d'une durée limitée visant à vérifier l'efficacité de la couverture d'une radiofréquence particulière, le Conseil des médias peut donner suite à des demandes d'attribution temporaire de radiofréquences. La demande motivée doit être adressée par écrit au Conseil des médias. L'article 58 est applicable mutatis mutandis, sauf pour ce qui concerne les émissions expérimentales d'une durée limitée. »

Art. 39. Dans l'article 73, § 8, alinéa 1^{er}, du même décret, le 2^o est remplacé par ce qui suit :

« 2^o dans les trois ans suivant l'adoption d'une recommandation révisée de la Commission européenne sur les marchés pertinents, pour les marchés au sujet desquels le Conseil des médias n'a pas encore communiqué au préalable à la Commission le projet des mesures à prendre conformément à l'article 116, § 2. »

Art. 40. Dans l'article 106 du même décret, l'alinéa 1^{er}, modifié par le décret du 15 décembre 2021, est complété par la phrase suivante :

« Le membre qui remplace un membre dont le mandat a été interrompu avant terme mène le mandat de ce dernier à terme. »

Art. 41. Dans l'article 112, § 1^{er}, du même décret, modifié par le décret du 15 décembre 2021, il est inséré un 36.1^o rédigé comme suit :

« 36.1^o approuver les codes de déontologie élaborés par la commission consultative conformément à l'article 129, alinéa 4; ».

Art. 42. L'article 129 du même décret, modifié par le décret du 15 décembre 2021, est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« La commission consultative peut élaborer de sa propre initiative des codes de déontologie dans les domaines régulés par le titre 2. Pour que ces codes entrent en vigueur, ils doivent être approuvés par le Conseil des médias. Ces codes :

1^o sont conçus de manière à être largement acceptés par les principaux acteurs de la Communauté germanophone;

2^o définissent leurs objectifs clairement et sans ambiguïté;

3^o prévoient une évaluation et un suivi réguliers, transparents et indépendants de la réalisation de leurs objectifs;

et

4^o prévoient une mise en œuvre effective, y compris des sanctions efficaces et proportionnées. »

Art. 43. Dans le même décret, modifié par le décret du 15 décembre 2021, il est inséré un titre 5.1, comportant les articles 137.1 à 137.4, intitulé comme suit :

« Titre 5.1 - Mise en place d'une infrastructure à large bande ».

Art. 44. Dans le titre 5.1 du même décret, il est inséré un article 137.1 rédigé comme suit :

« Art. 137.1 - Définitions

Sans préjudice de l'article 4, pour l'application du présent titre, il faut entendre par :

1° mécanisme de récupération (*clawback* en anglais) : un mécanisme permettant d'éviter les surcompensations dans le cadre de la législation européenne en matière d'aides d'État;

2° SIEG : un service d'intérêt économique général au sens des articles 14 et 106, alinéa 2, du Traité sur le fonctionnement de l'Union européenne (TFUE) et du procès-verbal n° 26 relatif au TFUE;

3° généralisé : atteignant une couverture d'au moins 95

de l'ensemble des ménages et des entreprises de la Communauté germanophone;

4° réseau FTTH : une architecture de réseau de télécommunication (fibre optique) utilisée pour fournir des connexions à haut débit aux ménages privés et aux PME;

5° territoires avec défaillance de marché avérée : territoires dans lesquels les opérateurs de réseaux de télécommunication privés n'ont prévu aucun projet de déploiement pour les trois prochaines années. Une telle défaillance de marché est établie sur la base d'une étude de marché qui s'appuie sur les dispositions des lignes directrices en vigueur de l'ORECE relatives au relevé géographique des déploiements des réseaux (« BEREC Guidelines on Geographical surveys of network deployments ») et sur les critères des lignes directrices de l'ORECE concernant les réseaux à très haute capacité (« BEREC Guidelines on Very High Capacity Networks »);

6° prestataire de services : une personne morale de droit privé qui est en mesure de mettre en œuvre le déploiement de la fibre optique en Communauté germanophone de la manière la plus économiquement intéressante, en tenant compte des conditions mentionnées à l'article 137.3, § 1^{er}, alinéa 2;

7° *wholesale-only* : services et produits proposés uniquement au niveau des marchés de gros, et non au niveau des marchés de détail, pour des services de communications électroniques. »

Art. 45. Dans le même titre, il est inséré un article 137.2 rédigé comme suit :

« Art. 137.2 - Détermination du SIEG

§ 1^{er} - Dans l'optique de la mise à disposition généralisée d'une infrastructure à large bande moderne, correspondant à l'état de la technique et de très haute capacité, l'installation et l'exploitation d'un réseau FTTH ouvert, technologiquement neutre et passif dans des territoires avec défaillance de marché avérée sont considérées comme un SIEG en région de langue allemande.

Le Gouvernement détermine :

1° le champ d'application du SIEG, et notamment les territoires avec défaillance de marché avérée;

2° la date de début du SIEG. »

Art. 46. Dans le même titre, il est inséré un article 137.3 rédigé comme suit :

« Art. 137.3 - Attribution du mandat

§ 1^{er} - Le Gouvernement charge un prestataire de services d'effectuer le SIEG décrit à l'article 137.2.

Le mandat est subordonné aux conditions suivantes :

1° nonobstant le fait que le SIEG englobe uniquement la mise en place du réseau FTTH et son exploitation dans les territoires avec défaillance de marché avérée déterminés par le Gouvernement, le réseau FTTH est construit dans l'ensemble de la région de langue allemande;

2° le réseau FTTH est exploité sous la forme d'un réseau *wholesale-only*. Il fournira une infrastructure ouverte, technologiquement neutre et passive;

3° le réseau est déployé dans une topologie point à point technologiquement neutre;

4° le réseau FTTH est rendu accessible à tous les demandeurs d'accès intéressés, de manière ouverte et dans des conditions non discriminatoires, afin de permettre une concurrence efficace au niveau des marchés de détail et de garantir la fourniture de services compétitifs et abordables pour les utilisateurs finaux;

5° le déploiement du réseau FTTH doit être achevé dans les quatre ans suivant le début des travaux. Le Gouvernement peut accorder des dérogations à cette disposition uniquement dans des cas exceptionnels dûment justifiés. Tous les nouveaux ménages et lieux d'implantation d'entreprises émergeant ultérieurement doivent également être raccordés au réseau FTTH;

6° le déploiement du réseau FTTH est généralisé;

7° le *business case* sur lequel se fonde le déploiement du réseau FTTH et permettant de déterminer le montant de la compensation nécessaire se base sur les coûts d'une entreprise moyenne bien gérée et est validé par un expert externe. À cet égard, les coûts liés à l'exécution des obligations de service public sont pris en compte, en tenant compte des recettes y relatives et d'un bénéfice raisonnable;

8° le principe des subventions croisées des secteurs rentables vers les secteurs non rentables doit être appliqué et sera pris en compte dans la détermination de la compensation nécessaire;

9° la subvention croisée de la mise en place du réseau FTTH et de son exploitation dans des secteurs rentables par des compensations de service public n'est pas autorisée;

10° il est établi, pour la durée du mandat, une comptabilité analytique qui distingue les coûts et les recettes liés à la fourniture du SIEG en question de toutes les autres activités; il convient par ailleurs d'indiquer les paramètres utilisés pour l'imputation des coûts et des recettes.

Le mandat débute au plus tôt à la date fixée à l'article 137.2, § 1^{er}, 2°, et est octroyé pour une durée maximale de trente-quatre ans. Tous les dix ans au moins, le Gouvernement vérifie si le prestataire de services continue à remplir les conditions sur lesquelles repose le mandat.

§ 2 - Si le prestataire de services visé au § 1^{er} ne remplit plus les conditions mentionnées au § 1^{er}, alinéa 2, le Gouvernement le somme de se conformer à ces conditions dans un délai maximum de six mois.

Si le prestataire de services ne répond pas à cette demande ou s'il n'est pas en mesure de régulariser sa situation dans ce délai, le Gouvernement retire le mandat et récupère tout ou partie des compensations de service public octroyées après avoir donné audit prestataire la possibilité de prendre position.

Le Gouvernement détermine les autres modalités relatives au retrait du mandat et à la récupération totale ou partielle des compensations de service public octroyées. »

Art. 47. Dans le même titre, il est inséré un article 137.4 rédigé comme suit :

« Art. 137.4 - Compensations de service public et mécanisme de récupération (*clawback* en anglais)

§ 1^{er} - Dans la limite des crédits budgétaires disponibles, le Gouvernement accorde au prestataire de services, exclusivement pour la mise en œuvre du SIEG décrit à l'article 137.2, une compensation de service public pour les coûts non couverts résultant de l'obligation inhérente à la fourniture du SIEG.

Le montant total de la compensation de service public s'élève au maximum à 40 millions d'euros. Les tranches de cette compensation ne peuvent excéder 15 millions d'euros par an.

Le Gouvernement détermine les paramètres de calcul des compensations de service public.

§ 2 - Le Gouvernement s'assure, par le biais de contrôles réguliers effectués au moins tous les trois ans et d'un contrôle à l'expiration de la période fixée, que les compensations de service public octroyées pour la fourniture du SIEG respectent les exigences fixées par la législation européenne en matière d'aides d'État et qu'il n'y a pas de surcompensation. Le prestataire de services fournit à cet effet les justificatifs nécessaires.

Le Gouvernement détermine les paramètres de surveillance et de modification des compensations de service public.

§ 3 - Si une surcompensation est constatée après l'expiration de la période fixée, le prestataire de services rembourse les compensations de service public par le biais d'un mécanisme de récupération. Le montant maximal du *clawback* est égal au montant initial des compensations versées par le Gouvernement.

Le Gouvernement détermine les mesures visant à éviter et à récupérer les surcompensations. »

Art. 48. Dans l'article 156, alinéa 6, 2^e phrase, du même décret, modifié par le décret du 15 décembre 2021, les mots « au 31 décembre 2021 » sont remplacés par les mots « au 31 décembre 2022 ».

CHAPITRE 3 - Enseignement

Art. 49. À l'article 3 de l'arrêté royal du 15 avril 1977 fixant les règles et les conditions de calcul du nombre d'emplois dans certaines fonctions du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel sociopsychologique et du personnel administratif des établissements d'enseignement secondaire et d'enseignement supérieur, à l'exception de l'enseignement universitaire, modifié en dernier lieu par le décret du 27 juin 2022, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 9^o, le chiffre « 550 » est remplacé par le chiffre « 500 »;

2^o dans le § 5, le chiffre « 500 » est remplacé par le chiffre « 450 ».

Art. 50. Dans l'article 123^{undecies} du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires et spécialisées, inséré par le décret du 27 juin 2022, les mots « 30 juin 2022 » sont remplacés par les mots « 30 juin 2023 ».

Art. 51. Dans l'article 11 du décret du 30 juin 2003 portant des mesures urgentes en matière d'enseignement 2003, le § 4, inséré par le décret du 10 décembre 2020, est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Au cours de l'année scolaire 2022-2023, s'il est manifeste qu'un membre du personnel sera absent pendant plus de quatre jours ouvrables consécutifs en raison d'un congé, d'une mise en disponibilité ou d'une autre forme d'absence, il peut être remplacé dès son premier jour d'absence, et ce, sans préjudice du § 1^{er}, alinéa 1^{er}. »

Art. 52. À l'article 3.3 du décret du 31 mars 2014 relatif au centre pour le développement sain des enfants et des jeunes, modifié par le décret du 29 juin 2015, les modifications suivantes sont apportées :

1^o au 3^o, les mots « et des accueillants autonomes » sont abrogés;

2^o le 7^o est abrogé.

Art. 53. Dans l'article 6.100 du même décret, le 5^o est abrogé.

CHAPITRE 4 - Matières régionales transférées

Section 1^{re} - Protection des monuments

Art. 54. Dans l'article 46/4, § 6, du décret du 23 juin 2008 relatif à la protection des monuments, du petit patrimoine, des ensembles et sites culturels historiques, ainsi qu'aux fouilles, inséré par le décret du 26 février 2018, l'alinéa 4 est abrogé.

Section 2 - Emploi

Art. 55. À l'article 8 de l'arrêté-loi du 28 décembre 1944 concernant la sécurité sociale des travailleurs, inséré par la loi du 30 mars 1994 et modifié en dernier lieu par le décret du 23 janvier 2017, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans le § 2, alinéa 5, la phrase « Le Gouvernement fixe, le montant des indemnités que le candidat-utilisateur d'une activité doit payer à l'agence locale pour l'emploi lorsqu'il introduit une demande auprès de cette agence. » est abrogée et les mots « Il détermine » sont remplacés par les mots « Le Gouvernement détermine »;

2^o dans le § 3, l'alinéa 1^{er} est remplacé par ce qui suit :

« Les activités effectuées dans le cadre de l'agence locale pour l'emploi ne peuvent être accomplies que par des personnes étant inscrites comme demandeurs d'emploi inoccupés auprès de l'Office de l'emploi de la Communauté germanophone et ayant accès au marché du travail belge. »;

3° dans le § 3, l'alinéa 2 est remplacé par ce qui suit :

« Le Gouvernement peut fixer des conditions supplémentaires concernant les demandeurs d'emploi visés à l'alinéa 1^{er}. »

Section 3 - Pouvoirs locaux

Art. 56. Dans l'article L1523-15 du Code de la démocratie locale et de la décentralisation, le § 5, remplacé par le décret de la Région wallonne du 21 novembre 2016, est complété par la phrase suivante :

« Si l'opposition au sein du conseil communal renonce à être représentée au conseil d'administration, la majorité peut détacher le ou les représentants nécessaires. »

Art. 57. Dans l'article 7 du décret du 15 décembre 2008 portant financement des communes et des centres publics d'aide sociale par la Communauté germanophone, l'alinéa 2, modifié par les décrets des 13 février 2012 et 12 décembre 2019, est remplacé par ce qui suit :

« À partir de l'année budgétaire 2023, la dotation totale annuelle s'élève à 3 000 000 d'euros. »

Art. 58. Dans l'article 72 du décret communal du 23 avril 2018, les mots „, à l'exception des factures sortantes émises par la commune, » sont insérés entre les mots « de la commune » et les mots « sont signés ».

Art. 59. Dans le titre 4, chapitre 4, du même décret, la section 8, insérée par le décret du 25 janvier 2021, est complétée par un article 170.11 rédigé comme suit :

« Art. 170.11 - Budget participatif

Selon les modalités qu'il détermine, le conseil communal peut décider d'affecter une partie du budget communal désignée comme budget participatif au financement de projets émanant d'associations de quartier ou d'associations de citoyens dotées de la personnalité juridique. »

Art. 60. Dans l'article 90 du décret du 25 janvier 2021 modifiant le décret communal du 23 avril 2018, les mots « 1^{er} janvier 2024 » sont remplacés par les mots « 1^{er} janvier 2029 ».

Section 4 - Tourisme

Art. 61. Dans l'article 7, § 2, 1°, du décret du 23 janvier 2017 visant à promouvoir le tourisme, au f), modifié par le décret du 12 décembre 2019, les mots « pendant les vacances d'été » sont remplacés par les mots « pendant les vacances scolaires en vigueur en Belgique ».

Art. 62. Dans l'article 9, alinéa 1^{er}, du même décret, le 6° est remplacé par ce qui suit :

« 6° hébergements saisonniers : hébergements touristiques extérieurs installés de manière temporaire uniquement pendant une saison donnée et ne correspondant pas à l'image habituelle d'un hébergement touristique. »

Art. 63. À l'article 12 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, l'alinéa 1^{er} est complété par la phrase suivante :

« Dans ce cas, il est tenu de mentionner la catégorie et le niveau de confort correspondants dans toutes les publicités relatives à l'hébergement touristique classé. »;

2° dans le § 2, les mots « n'est pas limitée dans le temps » sont remplacés par les mots « est valable pour une durée de six ans et est renouvelable ».

Art. 64. L'article 15 du même décret est complété par la phrase suivante :

« En cas d'expiration de la période de validité de la classification, l'écusson doit être renvoyé au plus tard dans les dix jours suivant la réception d'une notification correspondante du Gouvernement. »

Art. 65. Dans l'article 26, § 5, du même décret, remplacé par le décret du 26 février 2018, l'alinéa 4 est abrogé.

Section 5 - Logement

Art. 66. Le chapitre IX du décret de la Région wallonne du 15 mars 2018 relatif au bail d'habitation est complété par un article 91.1 rédigé comme suit :

« Art. 91.1 - § 1^{er} - Par dérogation à l'article 26, les loyers des baux en cours au 1^{er} janvier 2023 sont indexés entre le 1^{er} janvier 2023 et le 31 décembre 2023 conformément aux dispositions du présent article.

Pour l'application du présent article, il faut entendre par "certificat PEB" le certificat de performance énergétique mentionné à l'article 2, 22°, du décret de la Région wallonne du 28 novembre 2013 relatif à la performance énergétique des bâtiments.

§ 2 - Si le bail concerne un logement disposant d'un certificat PEB de classe énergétique E et que la date anniversaire de ce bail survient à partir du 1^{er} janvier 2023, l'indexation du loyer est limitée à 50

de l'indexation autorisée dans les conditions fixées à l'article 26.

Si le bail concerne un logement disposant d'un certificat PEB de classe énergétique F ou G ou ne disposant pas de certificat PEB et que la date anniversaire de ce bail survient à partir du 1^{er} janvier 2023, une indexation du loyer n'est pas autorisée.

§ 3 - Le Gouvernement peut proroger une fois les dispositions du présent article pour une durée maximale d'un an. »

CHAPITRE 5 - Infrastructure

Art. 67. Dans l'article 11, alinéa 1^{er}, du décret du 18 mars 2002 relatif à l'Infrastructure, au 3.1^o, inséré par le décret du 2 mars 2015, les mots " au sens de l'article 1^{er}, 8^o, du décret du 4 juin 2007 relatif aux structures d'hébergement, d'accompagnement et de soins pour personnes âgées, aux résidences pour seniors et aux maisons de soins psychiatriques " sont remplacés par les mots « au sens des articles 19 et 20 du décret du 13 décembre 2018 concernant les offres pour personnes âgées ou dépendantes ainsi que les soins palliatifs ».

Art. 68. Dans l'article 42.1 du même décret, inséré par le décret du 2 mars 2015, les mots « à l'article 10.2 du décret du 4 juin 2007 relatif aux structures d'hébergement, d'accompagnement et de soins pour personnes âgées, aux résidences pour seniors et aux maisons de soins psychiatriques » sont remplacés par les mots « à l'article 20 du décret du 13 décembre 2018 concernant les offres pour personnes âgées ou dépendantes ainsi que les soins palliatifs ».

Art. 69. À l'article 43 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans l'intitulé, les mots « maisons de repos pour personnes âgées » sont remplacés par les mots « centres de repos et de soins pour personnes âgées et de centres de repos et de soins pour personnes dépendantes »;

2^o les mots « des maisons de repos et des maisons de repos et de soins pour personnes âgées » sont remplacés par les mots « des centres de repos et de soins pour personnes âgées et des centres de repos et de soins pour personnes dépendantes ».

Art. 70. À l'article 44.2 du même décret, inséré par le décret du 22 février 2016, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans l'alinéa 1^{er}, le mot « annuelle » est remplacé par le mot « pluriannuelle »;

2^o dans l'alinéa 5, les mots « , dans les trois ans suivant leur liquidation, » sont remplacés par les mots « , dans un délai qu'il fixe, ».

Art. 71. Dans l'article 44.3 du même décret, inséré par le décret du 22 février 2016, alinéa 2, le mot « annuel » est remplacé par le mot « pluriannuel ».

CHAPITRE 6 - Finances et budget

Art. 72. Dans l'article 1^{er}, § 3, du décret du 17 janvier 1994 portant création de fonds budgétaires supplémentaires de la Communauté germanophone, remplacé par le décret du 25 juin 2007, le 3^o est complété par les mots : « ainsi qu'à des pouvoirs subordonnés de la région de langue allemande ».

CHAPITRE 7 - Divers

Art. 73. À l'article 65, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, du décret-programme 2013 du 25 février 2013, modifié en dernier lieu par le décret du 15 décembre 2021, les modifications suivantes sont apportées :

1^o au 6^o, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

2^o l'alinéa est complété par un 7^o rédigé comme suit :

« 7^o en 2023 : 2 357,03 euros par équivalent temps plein. »

Art. 74. Le chapitre 2 du décret du 15 octobre 2018 relatif à la communication électronique, publique ou adressée aux particuliers, des autorités de la région de langue allemande est complété par une section 3, comportant les articles 17.1 à 17.5, intitulée comme suit :

" Section 3 - Copies électroniques de documents administratifs analogiques ».

Art. 75. Dans la section 3 du même décret, il est inséré un article 17.1 rédigé comme suit :

« Art. 17.1 - Principe

L'autorité peut, pour l'application de dispositions législatives, décrétales ou réglementaires, remplacer par des copies électroniques les documents administratifs analogiques créés ou reçus au sens du décret du 16 octobre 1995 relatif à la publicité des documents administratifs.

Les copies électroniques créées et conservées conformément aux dispositions de la présente section conservent la même validité que les originaux au regard de l'application des dispositions législatives, décrétales ou réglementaires mentionnées à l'alinéa 1^{er}. »

Art. 76. Dans la même section, il est inséré un article 17.2 rédigé comme suit :

« Art. 17.2 - Procédure

Après avis préalable de son délégué à la protection des données, l'autorité fixe par écrit la procédure de remplacement des documents administratifs analogiques par des copies électroniques pour chaque catégorie de documents administratifs.

Il est possible de fixer une seule et même procédure pour différentes catégories de documents administratifs. »

Art. 77. Dans la même section, il est inséré un article 17.3 rédigé comme suit :

« Art. 17.3 - Exigences procédurales

§ 1^{er} - La procédure prévue à l'article 17.2 garantit que la copie électronique est une reproduction complète et fidèle du document administratif analogique et que les dispositions applicables en matière de protection des données sont respectées.

Elle est conforme aux prescriptions de contrôle interne de l'organisation.

§ 2 - La procédure prévue à l'article 17.2 comprend les éléments suivants :

1^o une fixation des spécifications techniques de la copie électronique;

2^o un plan progressif de mise en œuvre du remplacement;

3^o l'indication de la durée de validité pendant laquelle la procédure est en vigueur.

Le plan progressif mentionné à l'alinéa 1^{er}, 2^o, comprend les étapes suivantes :

1^o l'enregistrement des métadonnées suivantes :

a) la dénomination de la catégorie du document administratif et, le cas échéant, la dénomination du dossier auquel le document administratif concerné est rattaché;

b) la dénomination du document administratif concerné;

c) la date à laquelle le document administratif analogique a été créé ou reçu;

d) la date à laquelle la copie électronique a été créée;

2^o un contrôle de l'exactitude des métadonnées, de la lisibilité de la copie électronique et de la mesure dans laquelle la copie électronique correspond de manière complète et fidèle au document administratif analogique;

3^o la destruction des documents administratifs analogiques qui ont été remplacés par une copie électronique. Cette destruction est possible uniquement si les conditions mentionnées au 2^o sont remplies. »

§ 3 - Le Gouvernement met à la disposition des autorités une réglementation-type à cet effet. »

Art. 78. Dans la même section, il est inséré un article 17.4 rédigé comme suit :

« Art. 17.4 - Conservation de copies électroniques

Les copies électroniques sont conservées de telle sorte :

1^o qu'aucune perte d'information n'ait lieu;

2^o que la lisibilité soit garantie à long terme;

3^o qu'aucune modification ne puisse être apportée;

4^o que la confidentialité des données à caractère personnel reste garantie;

5^o que toute action susceptible de porter atteinte à l'intégrité et à l'authenticité de la copie électronique soit consignée.

La procédure décrite à l'article 17.2 est gérée et conservée pendant la même période et de la même manière que les copies électroniques. »

Art. 79. Dans la même section, il est inséré un article 17.5 rédigé comme suit :

« Art. 17.5 - Exceptions

Les documents administratifs ne peuvent pas être détruits au sens de la présente section si le support analogique :

1^o contient des informations contextuelles importantes sur le document administratif;

2^o revêt une importance particulière sur le plan actuel, social, historique, religieux, politique ou pour l'ensemble de la société;

3^o a une valeur de musée. »

Art. 80. Du 21 décembre 2022 au 20 mars 2023, l'exécution de toutes les expulsions administratives visées aux articles 7 et 172 du Code de l'Habitation durable et de toutes les expulsions judiciaires visées à l'article 1344^{ter} du Code judiciaire est suspendue de plein droit dans la région de langue allemande.

Art. 81. § 1^{er} - Les employeurs publics dont les centres de repos et de soins sont agréés par la Communauté germanophone peuvent, dans la limite des crédits budgétaires disponibles, obtenir le remboursement des rémunérations liées au congé-éducation payé des travailleurs énumérés ci-après qui suivent une formation mentionnée à l'article 109 de la loi de redressement du 22 janvier 1985 contenant des dispositions sociales, pour autant que les conditions des articles 109 à 112 et 114 à 117 de la loi de redressement du 22 janvier 1985 contenant des dispositions sociales et de ses dispositions d'exécution correspondantes soient respectées :

1^o les travailleurs qui sont occupés à temps plein en vertu d'un ou de plusieurs contrats de travail au sens de la loi du 3 juillet 1978 relative aux contrats de travail;

2^o les travailleurs occupés au moins à 4/5 temps;

3^o les travailleurs occupés à temps partiel sur la base d'un horaire variable au sens de l'article 11^{bis} de la loi du 3 juillet 1978 relative aux contrats de travail.

Les personnes qui, autrement qu'en vertu d'un contrat de travail, fournissent des prestations de travail sous l'autorité d'une ou de plusieurs personnes sur la base des régimes mentionnés à l'alinéa 1^{er} sont assimilées aux travailleurs visés à l'alinéa 1^{er}.

§ 2 - Le Gouvernement peut limiter le remboursement à un montant forfaitaire qui peut varier en fonction du type de formation.

§ 3 - Le Gouvernement peut imposer aux chefs d'établissement et aux responsables de l'enseignement des organisations mentionnées à l'article 109 de la loi de redressement du 22 janvier 1985 contenant des dispositions sociales, fréquentées par les collaborateurs des employeurs visés au § 1^{er}, la tenue et la transmission de documents et de renseignements relatifs au déroulement des études.

§ 4 - Les créances en vue du remboursement des rémunérations liées au congé-éducation payé sont introduites selon les modalités fixées par le Gouvernement dans un délai d'un an et demi à compter du 1^{er} janvier de l'exercice budgétaire au cours duquel les créances sont nées.

Les créances relatives au congé-éducation payé accordé pendant une formation sont réputées nées le dernier jour de la formation ou, si la formation s'étend sur plusieurs années, le dernier jour de chaque année de formation.

CHAPITRE 8 - Dispositions finales

Art. 82. Le présent décret entre en vigueur le 1^{er} janvier 2023, à l'exception :

1^o des articles 27 et 49, qui produisent leurs effets le 1^{er} septembre 2022;

2^o des articles 48 et 51, qui produisent leurs effets le 1^{er} octobre 2022;

3^o des articles 11, 12, 13, 43, 44, 45, 46, 47 et 80, qui entrent en vigueur le jour de son adoption.

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.

Eupen, le 15 décembre 2022.

O. PAASCH

Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances

A. ANTONIADIS

Le Vice-Ministre-Président,
Ministre de la Santé et des Affaires sociales,
de l'Aménagement du territoire et du Logement

I. WEYKMANS

La Ministre de la Culture et des Sports,
de l'Emploi et des Médias

L. KLINKENBERG

La Ministre de l'Éducation
et de la Recherche scientifique

—————
Note

Session 2022-2023

Documents parlementaires : 233 (2022-2023) n^o 1 Proposition de décret

233 (2022-2023) n^o 2 Propositions d'amendement

233 (2022-2023) n^o 3 Propositions d'amendement

233 (2022-2023) n^{os} 4+4A+4e Compte rendu + addendum + erratum

233 (2022-2023) n^o 5 Proposition d'amendement concernant le texte adopté par le comité

233 (2022-2023) n^o 6 Texte adopté en séance plénière

Compte rendu intégral : 15 décembre 2022 - n^o 53 Discussion et vote

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2023/203819]

15 DECEMBER 2022 — Programmadecreet 2022

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt:

HOOFDSTUK 1 - Persoonsgebonden aangelegenheden

Afdeling 1 - Gezondheid

Artikel 1. In artikel 72 van de gecoördineerde wet van 10 juli 2008 op de ziekenhuizen en andere verzorgingsinrichtingen worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1^o in het derde lid worden de woorden "wordt de erkenning verleend voor een beperkte termijn die kan worden verlengd" vervangen door de woorden "verleent de Regering de erkenning";

2^o het artikel wordt aangevuld met een vierde lid, luidende:

"De Regering bepaalt de duur van de erkenning. Die kan van bepaalde of onbepaalde duur zijn."

Afdeling 2 - Gezin

Art. 2. In artikel 15, § 3, tweede lid, van het decreet van 31 maart 2014 betreffende de kinderopvang wordt een bepaling onder 2.1 ingevoegd, luidende:

"2.1 in voorkomend geval betreffende de personen die werkzaam zijn in de kinderopvang en als dienstverrichter handelen: de gegevens vermeld in het eerste lid, 2^o, a) tot c);"

Art. 3. In artikel 28, § 3, eerste lid, van het decreet van 23 april 2018 betreffende de gezinsbijslagen worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1^o in de bepaling onder 4^o wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een komma-punt;

2^o het lid wordt aangevuld met een bepaling onder 5^o, luidende:

"5^o als geen enkele meerderjarige dezelfde woonplaats heeft als het kind."

Art. 4. In artikel 64 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1^o in de bepaling onder 8^o wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een komma-punt;

2^o het artikel wordt aangevuld met een bepaling onder 9^o, luidende:

"9^o identiteitsgegevens en contactgegevens van de behandelend arts van het kind."

Afdeling 3 - Sociale aangelegenheden

Art. 5. In artikel 27, eerste lid, van het decreet van 13 december 2016 tot oprichting van een dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de bepaling onder 2° wordt het woord "twee" vervangen door de woorden "hoogstens twee";

2° de bepaling onder 3° wordt vervangen als volgt:

"3° hoogstens acht deskundigen, bijvoorbeeld op het gebied van tewerkstelling, onderwijs en opleiding, bio-ethiek, gezondheid, langdurige zorg, revalidatie, socioprofessionele integratie of huisvesting."

3° de bepalingen onder 4° tot 10° worden opgeheven.

Art. 6. In artikel 3 van het decreet van 11 december 2017 betreffende integratie en samenleven in diversiteit worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de bepaling onder 11° wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een komma-punt;

2° het artikel wordt aangevuld met een bepaling onder 12°, luidende:

"12° toezicht op de kinderen: het toezicht dat de aanbieders van de erkende taal- en integratiecursussen in het kader van het integratietraject gratis aanbieden aan de deelnemende migranten voor hun minstens vier maanden en hoogstens drie jaar oude kinderen."

Art. 7. In hetzelfde decreet, gewijzigd bij de decreten van 12 december 2019 en 10 december 2020, wordt een artikel 10.1 ingevoegd, luidende:

"Art. 10.1 - Toezicht op de kinderen

De aanbieders van de erkende taal- en integratiecursussen garanderen toezicht op de kinderen in het kader van het integratietraject.

Het toezicht op de kinderen is gratis voor migranten. Het wordt op hetzelfde moment als de erkende taal- en integratiecursussen aangeboden.

De Regering bepaalt de nadere regels voor het toezicht op de kinderen, alsook het bedrag en de voorwaarden voor de subsidiëring."

HOOFDSTUK 2 - Culturele aangelegenheden

Afdeling 1 - Cultuur

Art. 8. In artikel 13, derde lid, van het decreet van 16 december 2003 betreffende de bevordering van creatieve ateliers, ingevoegd bij het decreet van 10 december 2020, worden de woorden "31 december 2022" vervangen door de woorden "31 december 2023".

Art. 9. Artikel 37, § 2, van het decreet van 18 november 2013 betreffende de ondersteuning van cultuur in de Duitstalige Gemeenschap, gewijzigd bij het decreet van 2 maart 2015, wordt vervangen als volgt:

"§ 2 - De aanvraag wordt ingediend bij de Regering.

Voor projecten die tussen 1 januari en 30 juni beginnen, wordt de aanvraag uiterlijk op 31 oktober van het voorgaande kalenderjaar ingediend.

Voor projecten die tussen 1 juli en 31 december beginnen, wordt de aanvraag uiterlijk op 31 maart van hetzelfde jaar ingediend."

Art. 10. In artikel 43.2, § 2, tweede lid, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 20 februari 2017, worden de woorden "uiterlijk op 31 maart" vervangen door de woorden "uiterlijk op 31 maart of uiterlijk op 31 oktober".

Art. 11. In artikel 93.1, § 1, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 10 december 2020 en gewijzigd bij het decreet van 26 april 2021, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid wordt het woord "opgeschort" vervangen door de woorden "opgeschort en voor het kalenderjaar 2022 met één derde verlaagd";

2° het tweede lid wordt aangevuld met de volgende zin:

"Voor het kalenderjaar 2022 worden de kwantitatieve criteria vermeld in het eerste lid met één derde verlaagd."

Art. 12. In artikel 93.2, § 1, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 10 december 2020 en gewijzigd bij het decreet van 26 april 2021, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° het eerste lid wordt aangevuld met de volgende zin:

"Voor het kalenderjaar 2022 worden de daarin vermelde bezoekersaantallen met één derde verlaagd."

2° het tweede lid wordt aangevuld met de volgende zin:

"Voor het kalenderjaar 2022 worden de bezoekersaantallen bedoeld in het eerste lid met één derde verlaagd."

Art. 13. In artikel 93.3, § 1, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 10 december 2020 en gewijzigd bij het decreet van 26 april 2021, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid wordt het woord "opgeschort" vervangen door de woorden "opgeschort en voor het kalenderjaar 2022 met één derde verlaagd";

2° het tweede lid wordt aangevuld met de volgende zin:

"Voor het kalenderjaar 2022 worden de kwantitatieve criteria vermeld in het eerste lid met één derde verlaagd."

Art. 14. Artikel 93.9 van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 28 maart 2022, wordt vernummerd tot artikel 93.10.

Art. 15. In bijlage 1 van hetzelfde decreet, vervangen bij het decreet van 10 december 2020, wordt kolom 3 van de tabel "TONEELGROEPEN" vervangen als volgt:

Subsidie (uitgedrukt in euro)
1.200,00
1.000,00
950,00

Afdeling 2 - Jeugd

Art. 16. In artikel 27, § 2, van het decreet van 6 december 2011 ter ondersteuning van het jeugdwerk, vervangen bij het decreet van 14 december 2021, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de bepaling onder 1° worden de woorden „, alsmede de prioriteiten, projecten en activiteiten voor het komende jaar” opgeheven;

2° de paragraaf wordt aangevuld met een tweede lid, luidende:

“De aanbieder van open jeugdwerk dient het gemeentelijke jaarprogramma voor het volgende kalenderjaar, met inbegrip van de prioriteiten, projecten en activiteiten, jaarlijks uiterlijk op 15 november in.”

Art. 17. In artikel 39, § 3, van hetzelfde decreet worden de woorden “met 15 jaar” vervangen door de woorden “in het jaar waarin ze de leeftijd van 15 jaar bereiken”.

Art. 18. In artikel 46, 3°, van hetzelfde decreet, vervangen bij het decreet van 10 december 2020, worden de woorden “waaronder minstens twee vertegenwoordigers van het open jeugdwerk, twee vertegenwoordigers van de jeugdorganisaties, één vertegenwoordiger van het mobiele jeugdwerk” vervangen door de woorden “waaronder minstens twee vertegenwoordigers van de jeugdorganisaties, één vertegenwoordiger van het open jeugdwerk, één vertegenwoordiger van het Jeugdbureau”.

Afdeling 3 - Volwassenenonderwijs

Art. 19. In artikel 10 van het decreet van 17 november 2008 ter ondersteuning van de instellingen voor volwassenenonderwijs, gewijzigd bij de decreten van 25 februari 2013 en 11 december 2018, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° het eerste lid wordt vervangen als volgt:

“Als een instelling voor volwassenenonderwijs aan de bepalingen van dit decreet voldoet, ontvangt ze een jaarlijkse forfaitaire ondersteuning die tegelijk geldt als subsidie voor een stabiele personeelskern, als forfaitaire werkingssubsidie en als subsidie voor de werkelijk overeenkomstig artikel 1, 2°, en artikel 7, eerste lid, 3°, of artikel 7, tweede lid, georganiseerde eenheden voortgezette opleiding.

De jaarlijkse forfaitaire ondersteuning bestaat uit:

1° een basisforfait van 76.100 euro;

2° een aanvullend forfait van 20.000 euro voor een instelling voor volwassenenonderwijs die:

a) jaarlijks minstens 2.000 uren voortgezette opleiding organiseert. Onder ‘uren voortgezette opleiding’ worden zestig minuten verstaan waarin opleidingseenheden overeenkomstig artikel 7, eerste lid, 3°, plaatsvinden; en

b) uitgedrukt in voltijdsequivalenten, minstens 1,5 medewerkers heeft die werkzaam zijn in de sector van het volwassenenonderwijs.

In geval van fusie worden de op het ogenblik van de fusie geldende jaarlijkse forfaitaire ondersteuning van de betrokken instellingen voor volwassenenonderwijs opgeteld en verhoogd met een bedrag van 10.000 euro.

In afwijking van het derde lid bedraagt de verhoging 20.000 euro, als de gefuseerde instellingen voor volwassenenonderwijs samen jaarlijks minstens 10.000 opleidingsuren organiseren waarin opleidingseenheden overeenkomstig artikel 7, eerste lid, 3°, plaatsvinden en, uitgedrukt in voltijdsequivalenten, minstens vier medewerkers hebben die werkzaam zijn in de sector van het volwassenenonderwijs.

Als de medewerkers vermeld in het tweede lid, 2°, b), niet het hele jaar ononderbroken ten laste waren van de instellingen voor volwassenenonderwijs, wordt het aanvullend forfait naar rato verlaagd.

De georganiseerde opleidingseenheden worden berekend op basis van de meest recente en beschikbare verwerkte gegevens van het overzicht dat overeenkomstig artikel 10.1, eerste lid, 2°, werd ingediend.”

2° het tweede lid, dat het zevende lid wordt, wordt vervangen als volgt: “Voor instellingen voor volwassenenonderwijs die tot dusver nog niet ondersteund werden, bedraagt de jaarlijkse forfaitaire ondersteuning in de eerste twee ondersteuningsjaren maximaal 100

van alle ontvangsten en wordt de jaarlijkse forfaitaire ondersteuning beperkt tot 76.100 euro. De jaarlijkse forfaitaire ondersteuning wordt berekend op basis van de laatste resultatenrekening die de instelling voor volwassenenonderwijs heeft voorgelegd.”

3° het derde lid, dat het achtste lid wordt, wordt vervangen als volgt:

“De jaarlijkse forfaitaire ondersteuning wordt betaald in twaalfden.”

4° in het vierde lid, dat het negende lid wordt, worden de woorden “de jaarlijkse forfaitaire toelage” vervangen door de woorden “de jaarlijkse forfaitaire ondersteuning”;

5° in het vijfde lid, dat het tiende lid wordt, worden de woorden “65.000 euro” vervangen door de woorden “76.100 euro”.

Art. 20. In artikel 12 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° het eerste lid wordt vervangen als volgt: “Elk jaar kan de Regering de bedragen vermeld in artikel 10, tweede, derde, vierde, zevende en tiende lid, afzonderlijk aanpassen aan de ontwikkeling van het indexcijfer der consumptieprijzen, berekend op basis van de maanden november van de laatste twee voorgaande jaren.”

2° in het tweede lid worden de woorden “het bedrag van de in artikel 10 vermelde toelage” vervangen door de woorden “de bedragen van de in artikel 10 vermelde jaarlijkse forfaitaire ondersteuning”.

Art. 21. Artikel 18 van hetzelfde decreet, opgeheven bij het decreet van 11 december 2018, hersteld bij het decreet van 28 juni 2021 en gewijzigd bij het decreet van 28 maart 2022, wordt aangevuld met een tweede lid, luidende:

“Om te bepalen of artikel 10, tweede lid, 2°, a), werd nageleefd, worden de georganiseerde opleidingseenheden voor het jaar 2023 berekend op basis van de verwerkte gegevens van het ingediende overzicht van de in 2019 georganiseerde opleidingseenheden.”

Afdeling 4 - Sport

Art. 22. In artikel 3 van het sportdecreet van 19 april 2004, gewijzigd bij de decreten van 15 december 2008, 13 december 2016 en 22 juni 2020, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de bepaling onder 10° wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een komma-punt;

2° het artikel wordt aangevuld met een bepaling onder 11°, luidende:

“11° ploeg: een groep van minstens drie sporters.”

Art. 23. Artikel 16, § 1, tweede lid, van hetzelfde decreet, vervangen bij het decreet van 15 december 2021, wordt vervangen als volgt:

“Sportfederaties krijgen daarnaast volgende getrapte subsidies:

- voor 3 tot 10 aangesloten verenigingen: 175 euro per vereniging;

- voor 11 tot 20 aangesloten verenigingen: 200 euro per vereniging;

- vanaf 21 aangesloten verenigingen: 225 euro per vereniging.”

Art. 24. In artikel 22, § 2, tweede lid, van hetzelfde decreet, vervangen bij het decreet van 22 juni 2020, worden de woorden “uiterlijk 31 januari” vervangen door de woorden “uiterlijk 1 december van het voorgaande kalenderjaar”.

Art. 25. In artikel 24, eerste lid, van hetzelfde decreet, gewijzigd bij de decreten van 24 februari 2014 en 2 maart 2015, wordt tussen de woorden “wereldkampioenschappen” en “Europese kampioenschappen” het woord “Wereldbeker-evenementen,” ingevoegd.

Art. 26. In artikel 24.1, eerste lid, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 24 februari 2014 en vervangen bij het decreet van 22 juni 2020, worden de woorden “niet over de status van sporter van een jongtalentkader, C-kader, B-kader of A-kader beschikken of” opgeheven en worden de woorden “en maaltijdskosten” vervangen door de woorden “, maaltijd- en inschrijvingskosten”.

Art. 27. In hetzelfde decreet, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 24 januari 2022, wordt een artikel 26.2 ingevoegd, luidende:

“Art. 26.2 - Internationale schoolkampioenschappen

Secundaire scholen en de Koepelorganisatie kunnen voor de deelname aan internationale schoolkampioenschappen een subsidie van maximaal 500 euro per deelnemer van de delegatie krijgen.

De Regering bepaalt de voorwaarden voor de deelname, de organisatie van de deelname en de subsidiecriteria.”

Art. 28. In artikel 27 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 1, 8°, ingevoegd bij het decreet van 11 december 2018, worden de woorden “(model 2)” vervangen door de woorden “(model 2), dat niet ouder mag zijn dan twaalf maanden,”

2° in § 2, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 15 december 2021, wordt een tweede lid ingevoegd, luidende:

“Begeleiders die een master- of bacheloropleiding vermeld in het eerste lid, 1°, zijn begonnen en geslaagd zijn voor het eerste jaar, worden ingedeeld in categorie B.”

Art. 29. In artikel 28, § 7, van het decreet van 24 januari 2022 betreffende de bestrijding van doping in de sport wordt het vierde lid opgeheven.

Art. 30. In artikel 1 van het decreet van 20 november 2006 over het statuut van de sportschutters worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid worden de woorden “Voorliggend decreet” vervangen door de woorden “Dit decreet regelt het sportschieten in het Duitse taalgebied en”;

2° het tweede lid wordt opgeheven.

Art. 31. Artikel 2, 10°, van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt:

“10° vrij verkrijgbare wapens: de vuurwapens vermeld in artikel 3, § 2, van de wapenwet;”

Art. 32. In hetzelfde decreet, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 15 december 2021, wordt een artikel 3.1 ingevoegd, luidende:

“Art. 3.1 - Schietsportdisciplines

De Regering bepaalt voor welke schietsportdisciplines en daarmee overeenstemmende sportwapencategorieën een licentie vereist is voor het bezit en het gebruik van het sportwapen.”

Art. 33. Artikel 4 wordt vervangen als volgt: “Minderjarige sportschutters mogen sportwapens of vrij verkrijgbare vuurwapens alleen gebruiken onder het toezicht en het gezag van een erkende opzichter.”

Art. 34. In hoofdstuk II van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 11 december 2018, wordt een artikel 4.1 ingevoegd, luidende:

“Art. 4.1 - Principe

De sportschutterslicentie machtigt de licentiehouders ertoe om de met de schietsportdisciplines overeenstemmende sportwapens en bijbehorende munitie te bezitten en te gebruiken.

Voor het verwerven, bezitten en gebruiken van vrij verkrijgbare wapens is geen licentie vereist.”

Afdeling 5 - Media

Art. 35. Artikel 4, eerste lid, van het decreet van 27 juni 1986 betreffende het Belgisch Radio- en Televisiecentrum van de Duitstalige Gemeenschap, vervangen bij het decreet van 1 maart 2021, wordt vervangen als volgt:

“Als het Centrum voor de vervulling van zijn in artikel 1.3 bedoelde publiekrechtelijke kernopdracht een radiofrequentie gebruikt die is opgenomen in het frequentieplan van de Duitstalige Gemeenschap, dan is daartoe een voorafgaande radiospectrumtoewijzing door de Regering vereist. De Regering legt de toepasselijke procedure vast.”

Art. 36. In artikel 4, 48°, van het decreet van 1 maart 2021 betreffende de mediadiensten en de filmvoorstellingen wordt de puntkomma vervangen door een punt en de bepaling onder 48° wordt aangevuld met de volgende zin:

“Redactionele verantwoordelijkheid leidt niet noodzakelijkerwijs tot wettelijke aansprakelijkheid naar Belgisch recht voor de aangeboden inhoud of aangeboden diensten;”

Art. 37. In artikel 52, eerste lid, van hetzelfde decreet, vervangen bij het decreet van 15 december 2021, worden de woorden “artikel 57” vervangen door de woorden “de artikelen 57 en 63”.

Art. 38. Artikel 63 van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt:

“Art. 63 - Voor een bepaalde duur toegewezen radiospectrum

In gerechtvaardigde bijzondere gevallen, in het bijzonder om innovatieve technologieën te testen, in geval van behoefte aan radiospectrum voor een korte termijn of voor in de tijd beperkte testuitzendingen om de efficiëntie van de ontvangstdekking door een specifieke radiofrequentie te controleren, kan de Mediaraad aanvragen tot toewijzing van radiospectrum voor een bepaalde duur inwilligen. De met redenen omklede aanvraag wordt schriftelijk ingediend bij de Mediaraad. Artikel 58 geldt mutatis mutandis, behalve voor in de tijd beperkte testuitzendingen.”

Art. 39. Artikel 73, § 8, eerste lid, 2°, van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt:

“2° voor markten waarvoor de Mediaraad nog niet eerder kennisgeving over een ontwerpmaatregel heeft gedaan bij de Europese Commissie, overeenkomstig artikel 116, § 2: binnen drie jaar na goedkeuring van een herziene aanbeveling van de Europese Commissie inzake relevante markten.”

Art. 40. Artikel 106, eerste lid, van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 15 december 2021, wordt aangevuld met de volgende zin:

“Het lid dat een voortijdig afgetreden lid vervangt, voltooit diens mandaat.”

Art. 41. Artikel 112, § 1, van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 15 december 2021, wordt aangevuld met een bepaling onder 36.1°, luidende:

“36.1° hij keurt de gedragscodes goed die de adviesraad overeenkomstig artikel 129, vierde lid, heeft uitgewerkt;”

Art. 42. Artikel 129 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 15 december 2021, wordt aangevuld met een vierde lid, luidende:

“De adviesraad kan op eigen initiatief gedragscodes uitwerken voor de sectoren die gereguleerd worden in titel 2. Die gedragscodes treden alleen in werking als de Mediaraad ze heeft goedgekeurd. Die gedragscodes:

1° zijn zo opgesteld dat ze algemeen aanvaard worden door de belangrijkste belanghebbenden in de Duitstalige Gemeenschap;

2° bevatten een duidelijke en ondubbelzinnige uiteenzetting van de doelstellingen;

3° voorzien in regelmatige, transparante en onafhankelijke controle en evaluatie van de mate waarin de doelstellingen worden bereikt; en

4° voorzien in doeltreffende handhaving, met inbegrip van doeltreffende en evenredige sancties.”

Art. 43. In hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 15 december 2021, wordt een titel 5.1 ingevoegd, die de artikelen 137.1 tot 137.4 omvat, luidende:

“Titel 5.1 - Aanleg van breedbandinfrastructuur”

Art. 44. In titel 5.1 van hetzelfde decreet wordt een artikel 137.1 ingevoegd, luidende:

“Art. 137.1 - Definities

Onverminderd artikel 4 betekent, voor de toepassing van deze titel:

1° terugvorderingsmechanisme: een mechanisme om overcompensatie in het kader van de Europese staatssteunregels te voorkomen;

2° DAEB: een dienst van algemeen economisch belang in de zin van artikel 14 en artikel 106, lid 2, van het Verdrag betreffende de werking van de Europese Unie (VWEU) en Protocol nr. 26 bij het VWEU;

3° gebiedsdekkend: met een dekking die ten minste 95 van alle huishoudens en bedrijven in de Duitstalige Gemeenschap bereikt;

4° FTTH-netwerk: een telecommunicatienetwerkarchitectuur (glasvezel) die gebruikt wordt om breedbandverbindingen te bieden aan huishoudens en kmo's;

5° gebieden waar een marktfalen kan worden aangetoond: gebieden waarvoor geen plannen tot uitbouw van het telecommunicatienetwerk in de komende drie jaar door particuliere exploitanten bestaan. Dit marktfalen wordt vastgesteld door middel van een marktonderzoek op basis van de toepasselijke BEREC-richtsnoeren inzake geografische onderzoeken naar de uitrol van netwerken (BEREC Guidelines on Geographical surveys of network deployments) en op basis van de criteria van de BEREC-richtsnoeren inzake netwerken met een zeer hoge capaciteit (BEREC Guidelines on Very High Capacity Networks);

6° dienstverlener: een privaatrechtelijke rechtspersoon die de glasvezeluitrol in de Duitstalige Gemeenschap op de economisch meest interessante wijze en rekening houdend met de voorwaarden bedoeld in artikel 137.3, § 1, tweede lid, kan uitvoeren;

7° wholesale-only: diensten en producten die uitsluitend voor intermediair gebruik en dus niet op retailmarkten voor elektronischecomunicatiediensten worden aangeboden.”

Art. 45. In dezelfde titel wordt een artikel 137.2 ingevoegd, luidende:

"Art. 137.2 - Vaststelling van DAEB

§ 1 - Met het oog op de gebiedsdekkende terbeschikkingstelling van een moderne, technologisch up-to-date breedbandinfrastructuur met een zeer hoge capaciteit wordt de oprichting en exploitatie van een passief, technologisch neutraal en open FTTH-netwerk in gebieden waar marktfalen kan worden aangetoond, binnen het Duitse taalgebied als DAEB beschouwd.

De Regering bepaalt:

- 1° het toepassingsgebied van de DAEB en met name de gebieden waar marktfalen kan worden aangetoond;
- 2° de datum waarop de DAEB begint."

Art. 46. In dezelfde titel wordt een artikel 137.3 ingevoegd, luidende:

"Art. 137.3 - Toewijzing van de opdracht

" § 1 - De Regering geeft een dienstverlener opdracht om de in artikel 137.2 beschreven DAEB te verrichten.

De toewijzing van de opdracht voldoet aan de volgende voorwaarden:

1° ondanks het feit dat de DAEB alleen betrekking heeft op de uitrol van het FTTH-netwerk en de exploitatie daarvan in de door de Regering aangewezen gebieden waar marktfalen kan worden aangetoond, wordt het FTTH-netwerk in het gehele Duitse taalgebied uitgerold;

2° het FTTH-netwerk wordt geëxploiteerd in de vorm van een wholesale-only netwerk. Het zal een passieve, technologisch neutrale en open infrastructuur bieden;

3° het netwerk wordt uitgerold in een technologisch neutrale point-to-pointnetwerktopologie;

4° het FTTH-netwerk wordt open en onder niet-discriminerende voorwaarden toegankelijk gemaakt voor alle geïnteresseerden, om daadwerkelijke concurrentie op het niveau van de eindklant mogelijk te maken en te zorgen voor concurrerende en betaalbare diensten voor eindgebruikers;

5° de uitrol van het FTTH-netwerk moet voltooid zijn binnen vier jaar na het begin van de werkzaamheden. De Regering kan afwijkingen van deze bepaling slechts toestaan in met redenen omklede uitzonderlijke gevallen. Alle woningen en bedrijfsvestigingen die na dit tijdstip ontstaan, moeten eveneens worden aangesloten op het FTTH-netwerk;

6° het FTTH-netwerk wordt gebiedsdekkend uitgerold;

7° de business case die ten grondslag ligt aan de uitrol van het FTTH-netwerk en op basis waarvan de hoogte van de vereiste compensatie bepaald wordt, is gebaseerd op de kosten die een gemiddelde, goed beheerde onderneming zou hebben gemaakt, en wordt bevestigd door een externe deskundige. Daarbij wordt rekening gehouden met de kosten van de uitvoering van de openbaredienstverplichtingen, rekening houdende met de opbrengsten alsmede met een redelijke winst;

8° het beginsel van kruissubsidiëring van rendabele naar niet-rendabele gebieden moet worden toegepast en wordt in aanmerking genomen bij de bepaling van de vereiste compensatie;

9° de kruissubsidiëring van de uitrol van het FTTH-netwerk en de exploitatie ervan in rendabele gebieden door compensaties voor de openbare dienst is niet toegestaan;

10° voor de duur van de opdracht wordt een analytische boekhouding gevoerd waarin de kosten en inkomsten die verband houden met de betreffende DAEB, gescheiden worden aangegeven van die welke verband houden met alle andere activiteiten; bovendien moet worden aangegeven op grond van welke parameters de kosten en inkomsten worden toegewezen.

De opdracht gaat ten vroegste in op de overeenkomstig artikel 137.2, § 1, 2°, bepaalde datum en wordt toegewezen voor een periode van ten hoogste vierendertig jaar. Minstens om de tien jaar controleert de Regering of de dienstverlener nog voldoet aan de voorwaarden die ten grondslag lagen aan de toewijzing van de opdracht.

§ 2 - Indien de in § 1 genoemde dienstverlener niet meer voldoet aan de in § 1, tweede lid, genoemde voorwaarden, maant de Regering hem aan om binnen een termijn van zes maanden de voorwaarden te vervullen.

Indien de dienstverlener geen gevolg geeft aan deze aanmaning of er niet in slaagt zijn situatie binnen deze termijn te regulariseren, trekt de Regering de opdracht in en vordert ze de betaalde compensaties voor de openbare dienst geheel of deels terug, nadat ze de dienstverlener de mogelijkheid heeft gegeven om zijn standpunt kenbaar te maken.

De Regering bepaalt de nadere regels voor de intrekking van de opdracht en de terugvordering van de betaalde compensaties voor de openbare dienst of een deel daarvan.

Art. 47. In dezelfde titel wordt een artikel 137.4 ingevoegd, luidende:

"Art. 137.4 - Compensaties voor de openbare dienst en terugvorderingsmechanisme

§ 1 - Binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen betaalt de Regering aan de dienstverlener, uitsluitend voor de uitvoering van de in artikel 137.2 beschreven DAEB, een compensatie voor de openbare dienst voor de ongedekte kosten die hij aangaat op grond van zijn verplichting de DAEB te verrichten.

Het totale bedrag van de compensatie voor de openbare dienst bedraagt maximaal 40 miljoen euro. De deelbedragen van deze compensatie bedragen maximaal 15 miljoen euro per jaar.

De Regering bepaalt de parameters voor de berekening van de compensaties voor de openbare dienst.

§ 2 - Door regelmatige controles, die minstens om de drie jaar plaatsvinden, en door een controle aan het einde van de looptijd vergewist de Regering zich ervan dat de compensaties voor de openbare dienst aan de Europese staatssteunregels voldoen en er geen overcompensatie plaatsvindt. De dienstverlener legt daartoe het nodige bewijsmateriaal over.

De Regering bepaalt de parameters op basis waarvan de compensaties voor de openbare dienst worden berekend.

§ 3 - Indien er aan het einde van de looptijd overcompensatie wordt vastgesteld, betaalt de dienstverlener de ontvangen overcompensatie terug via een terugvorderingsmechanisme. Het teruggevorderde bedrag kan niet hoger zijn dan de oorspronkelijk door de Regering toegekende compensatie.

De Regering bepaalt de maatregelen die worden genomen om overcompensatie te voorkomen en terug te vorderen."

Art. 48. In artikel 156, zesde lid, tweede zin, van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 15 december 2021, worden de woorden "31 december 2021" vervangen door de woorden "31 december 2022".

HOOFDSTUK 3 - Onderwijs

Art. 49. In artikel 3 van het koninklijk besluit van 15 april 1977 tot vaststelling van de regelen en de voorwaarden voor de berekening van het aantal betrekkingen in sommige ambten van het opvoedend hulppersoneel, van het psychosociaal personeel en van het administratief personeel van de inrichtingen voor secundair onderwijs en voor hoger onderwijs, met uitzondering van het universitair onderwijs, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 27 juni 2022, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 1, eerste lid, 9°, wordt het getal "550" vervangen door het getal "500";

2° in § 5 wordt het getal "500" vervangen door het getal "450".

Art. 50. In artikel 123*undecies* van het decreet van 31 augustus 1998 betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor de gewone en gespecialiseerde scholen, ingevoegd bij het decreet van 27 juni 2022, worden de woorden "30 juni 2022" vervangen door de woorden "30 juni 2023".

Art. 51. Artikel 11, § 4, van het decreet van 30 juni 2003 houdende dringende maatregelen inzake onderwijs 2003, ingevoegd bij het decreet van 10 december 2020, wordt aangevuld met een tweede lid, luidende:

"Onverminderd § 1, eerste lid, kan een personeelslid van wie aantoonbaar bekend is dat het gedurende meer dan vier opeenvolgende werkdagen afwezig zal zijn wegens verlof, wegens een terbeschikkingstelling of wegens enige andere vorm van afwezigheid, in het schooljaar 2022-2023 vanaf de eerste dag van zijn afwezigheid vervangen worden."

Art. 52. In artikel 3.3 van het decreet van 31 maart 2014 betreffende het centrum voor de gezonde ontwikkeling van kinderen en jongeren, gewijzigd bij het decreet van 29 juni 2015, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de bepaling onder 3° worden de woorden "en zelfstandige onthaalouders" opgeheven;

2° de bepaling onder 7° wordt opgeheven.

Art. 53. Artikel 6.100, 5°, van hetzelfde decreet wordt opgeheven.

HOOFDSTUK 4 - Overgedragen gewestaangelegenheden

Afdeling 1 - Monumentenzorg

Art. 54. Artikel 46.4, § 6, vierde lid, van het decreet van 23 juni 2008 betreffende de bescherming van monumenten, klein erfgoed, ensembles en historische cultuurlandschappen en betreffende de opgravingen, ingevoegd bij het decreet van 26 februari 2018, wordt opgeheven.

Afdeling 2 - Werkgelegenheid

Art. 55. In artikel 8 van de besluitwet van 28 december 1944 betreffende de maatschappelijke zekerheid der arbeiders, ingevoegd bij de wet van 30 maart 1994 en laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 23 januari 2017, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 2, vijfde lid, wordt de zin "De Regering stelt het bedrag vast van de vergoedingen die de kandidaat-gebruiker van een activiteit moet betalen aan het plaatselijk werkgelegenheidsagentschap, wanneer hij een aanvraag indient bij dit agentschap." opgeheven en worden de woorden "Zij bepaalt" vervangen door de woorden "De Regering bepaalt".

2° § 3, eerste lid, wordt vervangen als volgt:

"De activiteiten verricht in het kader van het plaatselijk werkgelegenheidsagentschap mogen alleen worden uitgeoefend door personen die bij de Dienst voor arbeidsbemiddeling van de Duitstalige Gemeenschap als niet-werkende werkzoekende ingeschreven zijn en toegang hebben tot de Belgische arbeidsmarkt."

3° § 3, tweede lid, wordt vervangen als volgt:

"De Regering kan bijkomende voorwaarden bepalen waaraan de in het eerste lid genoemde werkzoekenden moeten voldoen."

Afdeling 3 - Lokale besturen

Art. 56. Artikel L1523-15, § 5, van het Wetboek van de plaatselijke democratie en decentralisatie, vervangen bij het decreet van het Waals Gewest van 21 november 2016, wordt aangevuld met de volgende zin:

"Indien de oppositie in de gemeenteraad afziet van een vertegenwoordiging in de raad van bestuur, kan de meerderheid de betreffende vertegenwoordiger of vertegenwoordigers afvaardigen."

Art. 57. Artikel 7, tweede lid, van het decreet van 15 december 2008 betreffende de financiering van de gemeenten en van de openbare centra voor maatschappelijk welzijn door de Duitstalige Gemeenschap, gewijzigd bij de decreten van 13 februari 2012 en 12 december 2019, wordt vervangen als volgt:

"Vanaf het begrotingsjaar 2023 bedraagt de jaarlijkse globale dotatie 3.000.000 euro."

Art. 58. In artikel 72 van het gemeentedecreet van 23 april 2018 worden tussen de woorden "gemeente" en "worden" de woorden ", met uitzondering van door de gemeente opgestelde uitgaande rekeningen," ingevoegd.

Art. 59. In titel 4, hoofdstuk 4, afdeling 8, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 25 januari 2021, wordt een artikel 170.11 ingevoegd, luidende:

"Art. 170.11 - Burgerparticipatiebegroting

De gemeenteraad kan overeenkomstig de door hem vastgelegde nadere regels besluiten een deel van de gemeentebegroting aan te wijzen als burgerparticipatiebegroting en te bestemmen voor de financiering van projecten die ontsproten zijn uit wijk- of burgerverenigingen met rechtspersoonlijkheid."

Art. 60. In artikel 90 van het decreet van 25 januari 2021 tot wijziging van het gemeentedecreet van 23 april 2018 worden de woorden "1 januari 2024" vervangen door de woorden "1 januari 2029".

Afdeling 4 - Toerisme

Art. 61. In artikel 7, § 2, 1^o, f), van het decreet van 23 januari 2017 ter bevordering van het toerisme, gewijzigd bij het decreet van 12 december 2019, wordt het woord "zomervakantie" vervangen door de woorden "in België geldende schoolvakanties".

Art. 62. Artikel 9, eerste lid, 6^o, van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt:

"6^o seizoensverblijven: toeristische verblijven in de buitenomgeving die alleen tijdens een bepaald seizoen tijdelijk opgezet zijn en die niet overeenstemmen met het gangbare beeld van een toeristisch verblijf."

Art. 63. In artikel 12 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1^o § 1, eerste lid, wordt aangevuld met de volgende zin:

"In dat geval moet hij de categorie en het comfortniveau in alle reclame voor het geclassificeerde toeristisch verblijf vermelden."

2^o in § 2 worden de woorden "voor onbepaalde tijd" vervangen door de woorden "voor een duur van zes jaar en kan worden verlengd".

Art. 64. Artikel 15 van hetzelfde decreet wordt aangevuld met de volgende zin:

"Na het verstrijken van de geldigheidsduur van de classificatie moet het herkenningsteken binnen tien dagen na ontvangst van de betreffende kennisgeving teruggezonden worden aan de Regering."

Art. 65. Artikel 26, § 5, vierde lid, van hetzelfde decreet, vervangen bij het decreet van 26 februari 2018, wordt opgeheven.

Afdeling 5 - Huisvesting

Art. 66. In hoofdstuk IX van het decreet van het Waals Gewest van 15 maart 2018 betreffende de woninghuurovereenkomst wordt een artikel 91.1 ingevoegd, luidende:

"Art. 91.1 - § 1 - In afwijking van artikel 26 worden de huurprijzen van de huurovereenkomsten die op 1 januari 2023 lopende zijn, tussen 1 januari 2023 en 31 december 2023 geïndexeerd overeenkomstig de bepalingen van dit artikel.

Voor de toepassing van dit artikel verstaat men onder "EPB-certificaat" het in artikel 2, 22^o, van het decreet van het Waals Gewest betreffende de energieprestatie van gebouwen genoemde certificaat betreffende de energie-efficiëntie.

§ 2 - Wanneer de huurovereenkomst betrekking heeft op een woning met een EPB-certificaat E en de eerstvolgende verjaardag van de inwerkingtreding van de huurovereenkomst vanaf 1 januari 2023 plaatsvindt, is de indexering van de huurprijs beperkt tot 50

van de indexering die is toegestaan overeenkomstig de voorwaarden bepaald in artikel 26.

Wanneer de huurovereenkomst betrekking heeft op een woning met een EPB-certificaat F of G of een woning zonder EPB-certificaat en de eerstvolgende verjaardag van de inwerkingtreding van de huurovereenkomst vanaf 1 januari 2023 plaatsvindt, is een indexering van de huurprijs niet toegestaan.

§ 3 - De Regering kan de bepalingen van dit artikel eenmalig verlengen voor maximaal één jaar."

HOOFDSTUK 5 - Infrastructuur

Art. 67. In artikel 11, eerste lid, 3.1, van het decreet van 18 maart 2002 betreffende de infrastructuur, ingevoegd bij het decreet van 2 maart 2015, worden de woorden "artikel 1, 8^o, van het decreet van 4 juni 2007 betreffende de woon-, begeleidings- en verzorgingsstructuren voor bejaarden, de seniorenresidenties en de psychiatrische verzorgingstehuizen" vervangen door de woorden "de artikelen 19 en 20 van het decreet van 13 december 2018 betreffende het aanbod aan diensten voor ouderen en personen met ondersteuningsbehoefte, alsook betreffende palliatieve zorg".

Art. 68. In artikel 42.1 van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 2 maart 2015, worden de woorden "artikel 10.2 van het decreet van 4 juni 2007 betreffende de woon-, begeleidings- en verzorgingsstructuren voor bejaarden, de seniorenresidenties en de psychiatrische verzorgingstehuizen" vervangen door de woorden "artikel 20 van het decreet van 13 december 2018 betreffende het aanbod aan diensten voor ouderen en personen met ondersteuningsbehoefte, alsook betreffende palliatieve zorg".

Art. 69. In artikel 43 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1^o in het opschrift wordt het woord "bejaardentehuizen" vervangen door de woorden "woonzorgcentra voor ouderen en woonzorgcentra voor personen met ondersteuningsbehoefte";

2^o de woorden "bejaardentehuizen en rust- en verzorgingstehuizen" worden vervangen door de woorden "woonzorgcentra voor ouderen en woonzorgcentra voor personen met ondersteuningsbehoefte".

Art. 70. In artikel 44.2 van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 22 februari 2016, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1^o in het eerste lid wordt het woord "jaarlijkse" vervangen door het woord "meerjarige";

2^o in het vijfde lid worden de woorden "drie jaar na de uitbetaling ervan" vervangen door de woorden "een door haar bepaalde termijn".

Art. 71. In artikel 44.3, tweede lid, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 22 februari 2016, wordt het woord "jaarlijks" vervangen door het woord "meerjarig".

HOOFDSTUK 6 - Financiën en begroting

Art. 72. Artikel 1, § 3, 3^o van het decreet van 17 januari 1994 houdende inrichting van bijkomende begrotingsfondsen van de Duitstalige Gemeenschap, vervangen bij het decreet van 25 juni 2007, wordt aangevuld met de woorden "en aan ondergeschikte overheden van het Duitse taalgebied".

HOOFDSTUK 7 - Diversen

Art. 73. In artikel 65, § 1, eerste lid, van het programmadecreet 2013 van 25 februari 2013, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 15 december 2021, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de bepaling onder 6° wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een komma-punt;

2° er wordt een bepaling onder 7° ingevoegd, luidende:

“7° in 2013: 2.357,03 euro per voltijds equivalente betrekking.”

Art. 74. In hoofdstuk 2 van het decreet van 15 oktober 2018 betreffende de niet-openbare en openbare elektronische communicatie van de overheden van het Duitse taalgebied wordt een afdeling 3 ingevoegd, die de artikelen 17.1 tot 17.5 bevat, luidende:

“Afdeling 3 - Elektronische kopieën van analoge bestuursdocumenten”

Art. 75. In afdeling 3 van hetzelfde decreet wordt een artikel 17.1 ingevoegd, luidende:

“Art. 17.1 - Beginsel

De overheid kan analoge bestuursdocumenten die worden gecreëerd of bewaard met toepassing van wettelijke, decreetale of reglementaire bepalingen in de zin van het decreet van 16 oktober 1995 betreffende de openbaarheid van bestuursdocumenten, vervangen door elektronische kopieën.

De elektronische kopieën die overeenkomstig de bepalingen van deze afdeling worden gecreëerd en bewaard, hebben voor de toepassing van de wettelijke, decreetale of reglementaire bepalingen vermeld in het eerste lid dezelfde geldigheid als de originele stukken.”

Art. 76. In dezelfde afdeling wordt een artikel 17.2 ingevoegd, luidende:

“Art. 17.2 - Werkwijze

De overheid legt de werkwijze voor de vervanging van analoge bestuursdocumenten door elektronische kopieën schriftelijk vast per categorie van bestuursdocumenten, na advies van haar functionaris voor gegevensbescherming.

Het is mogelijk om voor verschillende categorieën van bestuursdocumenten één en dezelfde werkwijze vast te leggen.”

Art. 77. In dezelfde afdeling wordt een artikel 17.3 ingevoegd, luidende:

“Art. 17.3 - Eisen betreffende de werkwijze

§ 1 - De werkwijze overeenkomstig artikel 17.2 garandeert dat de elektronische kopie een volledige en waarheidsgetrouwe weergave is van het analoge bestuursdocument en dat de toepasselijke bepalingen inzake gegevensbescherming nageleefd worden.

Ze voldoet aan de eigen organisatiebeheersing.

§ 2 - De werkwijze overeenkomstig artikel 17.2 omvat de volgende elementen:

1° een vastlegging van de technische specificaties van de elektronische kopie;

2° een stappenplan voor de uitvoering van de vervanging;

3° een aanduiding van de geldigheidsperiode waarin de werkwijze van kracht is.

Het stappenplan, vermeld in het eerste lid, 2°, bevat de volgende stappen:

1° de registratie van de volgende metagegevens:

a) de naam van de categorie van het bestuursdocument en, als dat van toepassing is, de naam van het dossier waartoe het individuele bestuursdocument behoort;

b) de naam van het individuele bestuursdocument;

c) de datum waarop het analoge bestuursdocument werd opgemaakt of ontvangen;

d) de datum waarop de elektronische kopie werd gemaakt;

2° een controle op juistheid van de metagegevens, de leesbaarheid van de elektronische kopie en de mate waarin de elektronische kopie volledig en waarheidsgetrouw is in vergelijking met het analoge bestuursdocument;

3° de vernietiging van de analoge bestuursdocumenten die vervangen zijn door een elektronische kopie. Die vernietiging is pas mogelijk als voldaan is aan de voorwaarden vermeld in 2°.

§ 3 - De Regering stelt de overheidsinstanties een voorbeeldregeling ter beschikking.”

Art. 78. In dezelfde afdeling wordt een artikel 17.4 ingevoegd, luidende:

“Art. 17.4 - Bewaring van elektronische kopieën

De elektronische kopieën worden zo bewaard dat:

1° geen informatie verloren gaat;

2° de leesbaarheid op lange termijn gegarandeerd blijft;

3° geen wijzigingen kunnen worden aangebracht;

4° de vertrouwelijkheid van de persoonsgegevens gegarandeerd blijft;

5° elke actie die impact kan hebben op de integriteit en de authenticiteit van de elektronische kopie, wordt geregistreerd.

De werkwijze, vermeld in artikel 17.2, wordt gedurende dezelfde periode en op dezelfde wijze beheerd en bewaard als de elektronische kopieën.”

Art. 79. In dezelfde afdeling wordt een artikel 17.5 ingevoegd, luidende:

“Art. 17.5 - Uitzonderingen

Bestuursdocumenten komen niet in aanmerking voor vernietiging in de zin van deze afdeling indien de analoge drager:

- 1° belangrijke contextinformatie over het bestuursdocument bevat;
- 2° een specifieke actuele, sociale, historische, religieuze, politieke of maatschappelijke betekenis heeft;
- 3° museale waarde heeft.”

Art. 80. Van 21 december 2022 tot 20 maart 2023 wordt de tenuitvoerlegging van alle administratieve beslissingen waarbij een uithuiszetting wordt bevolen overeenkomstig de artikelen 7 en 172 van het Wetboek van duurzaam wonen en van alle gerechtelijke beslissingen waarbij een uithuiszetting wordt bevolen overeenkomstig artikel 1344ter van het Gerechtelijk Wetboek, in het Duitse taalgebied van rechtswege opgeschort.

Art. 81. § 1 - Openbare werkgevers waarvan de woonzorgcentra erkend zijn door de Duitstalige Gemeenschap, kunnen binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen de terugbetaling verkrijgen van de uitbetalingen met betrekking tot het betaald educatief verlof voor de volgende werknemers, die een in artikel 109 van de herstelwet van 22 januari 1985 houdende sociale bepalingen vermelde opleiding volgen, voor zover voldaan is aan de voorwaarden van de artikelen 109 tot 112 en de artikelen 114 tot 117 van de herstelwet van 22 januari 1985 houdende sociale bepalingen en de uitvoeringsbepalingen ervan:

1° werknemers die voltijds tewerkgesteld zijn in het kader van één of verscheidene arbeidsovereenkomsten in de zin van de wet van 3 juli 1978 betreffende de arbeidsovereenkomsten;

2° werknemers die ten minste 4/5-tijds tewerkgesteld zijn;

3° werknemers die deeltijds tewerkgesteld zijn op basis van een variabele werktijdregeling in de zin van artikel 11bis van de wet van 3 juli 1978 betreffende de arbeidsovereenkomsten.

Personen die, anders dan krachtens een arbeidsovereenkomst, arbeid verrichten onder het gezag van één of meer personen op basis van de regelingen vermeld in het eerste lid, worden gelijkgesteld met de werknemers vermeld in het eerste lid.

§ 2 - De Regering kan de terugbetaling beperken tot een forfaitair bedrag, dat kan verschillen al naargelang de soort opleiding.

§ 3 - De Regering kan de schoolhoofden en de personen verantwoordelijk voor het onderricht van de instellingen genoemd in artikel 109 van de herstelwet van 22 januari 1985 houdende sociale bepalingen die worden bezocht door de medewerkers van de werkgevers genoemd in paragraaf 1, ertoe verplichten documenten en inlichtingen over het studieverloop bij te houden en te verstrekken.

§ 4 - De schuldvorderingen met het oog op terugbetaling van de uitbetalingen met betrekking tot het betaald educatief verlof worden ingediend overeenkomstig de door de Regering bepaalde regels binnen een termijn van anderhalf jaar te rekenen vanaf 1 januari van het begrotingsjaar waarin de schuldvorderingen ontstaan zijn.

Voor schuldvorderingen met betrekking tot het tijdens een opleiding toegekende betaald educatief verlof wordt ervan uitgegaan dat ze ontstaan zijn op de laatste dag van de opleiding of, indien de opleiding zich uitstrekt over verscheidene jaren, op de laatste dag van elk opleidingsjaar.”

HOOFDSTUK 8 - Slotbepalingen

Art. 82. Dit decreet heeft uitwerking met ingang van 1 januari 2023, met uitzondering van:

1° de artikelen 27 en 49, die uitwerking hebben met ingang van 1 september 2022;

2° de artikelen 48 en 51, die uitwerking hebben met ingang van 1 oktober 2022;

3° de artikelen 11, 12, 13, 43, 44, 45, 46, 47 en 80, die in werking treden op de dag waarop dit decreet wordt aangenomen.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* wordt bekendgemaakt.

Eupen, 15 december 2022.

O. PAASCH

De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen en Financiën

A. ANTONIADIS

De Viceminister-President,
Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden,
Ruimtelijke Ordening en Huisvesting

I. WEYKMANS

De Minister van Cultuur en Sport,
Werkgelegenheid en Media

L. KLINKENBERG

De Minister van Onderwijs
en Wetenschappelijk Onderzoek

Nota

Zitting 2022-2023

Parlementaire stukken: 233 (2022-2023) Nr. 1 Voorstel van decreet

233 (2022-2023) Nr. 2 Voorstellen tot wijziging

233 (2022-2023) Nr. 3 Voorstellen tot wijziging

233 (2022-2023) Nr. 4+4A+4e Verslag + bijlage + erratum

233 (2022-2023) Nr. 5 Voorstel tot wijziging van de door de commissie aangenomen tekst

233 (2022 - 2023) Nr. 6 Tekst aangenomen door de plenaire vergadering

Integraal verslag: 15 december 2022 - Nr. 53 Bespreking en stemming